

Ende des Centralvereins



Johann Nicolai

»Seid mutig und aufrecht!«

Das Ende des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1933–1938

Berlin: be.bra wissenschaft verlag, 2016, 314 S., € 34,–

Das Buch von Johann Nicolai kann als Ergänzung zum großen Werk von Avraham Barkai »Wehr Dich!« über den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893–1938 (München 2002) gelesen werden. Nicolai befasst sich mit den letzten fünf Jahren des Bestehens des Centralvereins. Dessen 1938 von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmtes Archiv ist die Basis der Darstellung. Die im Russischen Staatlichen Militärarchiv (ehemaliges Sonderarchiv) in Moskau aufbewahrten Akten befinden sich heute auch als Mikrofilmkopie im Central Archive for the History of the Jewish People in Jerusalem. Die Arbeit ist 2014 an der Universität Potsdam als Dissertation (Gutachter: Thomas Brechenmacher und Julius Schoeps) eingereicht worden.

Nach einleitenden Informationen zur Vorgeschichte des 1893 gegründeten Centralvereins und der Gründung der *C.-V.-Zeitung* 1922 befasst sich Nicolai im Kern mit der Zeit zwischen 1933 und 1938. Zentral geht es um die Frage: »Mit welchen Maßnahmen hat der C.-V. die Fortsetzung seiner Arbeit gegenüber seinen Mitgliedern begründet, obwohl im Nationalsozialismus die grundlegenden Bürgerrechte für die deutschen Juden, die er ursprünglich verteidigen wollte, nicht mehr gewährleistet waren?« (S. 19) Die Beschreibungen wichtiger Ereignisse zwischen 1933 und 1938 folgen weitgehend der Berichterstattung in der *C.-V.-Zeitung*, dem »Sprachrohr eines liberalen, deutschpatriotischen jüdischen Bürgertums« (S. 300).

Nicolai zufolge kam es in der frühen Phase zur »Anbiederung an das NS-Regime in Artikeln der *C.-V.-Zeitung*« (S. 41) und »zum Teil grotesken Wirrungen des Vereins« (S. 306). Anfänglich lautete noch die »Parole: Ruhig abwarten« (Februar 1933), dann folgten die »absurde Kampagne gegen ausländische ›Greuelpropaganda‹ (März 1933)« und sogar eine »groteske Wahlempfehlung« für die NSDAP im November 1933 (S. 301). Es sind auch die Verhaftungen von kommunistischen Oppositionellen gerechtfertigt worden.

Aber die »Hoffnung auf eine Gleichbehandlung der deutschen Juden auch unter einer Regierung Hitler« (S. 25) löste sich bald in Luft auf. »Mit einem beeindruckenden Pragmatismus wurden durch jüdische Organisationen und Gemeinden die Möglichkeiten

des Beistands für die deutschen Juden analysiert und entsprechende Anlaufstellen errichtet« (S. 49).

In der *C.-V.-Zeitung* sollten »aus Rotationspapier und Drucker-schwärze Dämme gegen Mut- und Hoffnungslosigkeit« gebaut werden, so in der Ausgabe vom 6. Mai 1937 (S. 302). Diese oft vom Herausgeber Alfred Hirschberg (1901–1971) und seiner Stellvertreterin Margarete Edelheim (1891–1975) sowie der Herausgeberin der Literaturzeitschrift *Der Morgen*, Eva G. Reichmann (1897–1998), stammenden Artikel werden von Nicolai meist ausführlich wiedergegeben. Jahr für Jahr verschlechterte sich die Situation: »Der Verein und seine Protagonisten mussten die engagiertesten und wichtigsten Mitglieder ins Exil ziehen lassen und verloren damit beständig ihre eigene Substanz« (S. 303).

Die führenden Männer und Frauen des Jüdischen Centralvereins – wie er am Schluss hieß – sowie der Reichsvertretung der Juden in Deutschland bzw. Reichsvereinigung der Juden in Deutschland kamen aus dem »größtstädtisch-bürgerlichen Milieu« (S. 86). Im Vergleich zu dieser Überrepräsentanz ist das Fehlen des ländlichen Judentums zu konstatieren. Diese Feststellung von Nicolai ist bemerkenswert und bisher selten angesprochen worden.

Einen großen Stellenwert hatten die starken Spannungen im deutschen Judentum zwischen dem Centralverein und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Die von zionistischer Seite propagierte Auswanderung nach Palästina ist anfänglich stark kritisiert, aber dann zunehmend mehr oder weniger akzeptiert worden. Der Verfasser spricht von einem »gemäßigten Zionismus« (S. 307) des C.-V. Als nichtzionistische Ergänzung und Alternative ist offenbar die ausführliche Beschreibung der Gründung der nichtzionistischen Auswanderungsschule Groß-Breesen in Brandenburg zu sehen. Hier einzuordnen sind auch die beiden ausführlich angesprochenen Fallbeispiele Südafrika, »Einwanderung in eine rassistische Gesellschaft« (S. 232–247), und Brasilien, »Einwanderung in unbeständige Verhältnisse« (S. 247–266), als Möglichkeiten der Auswanderung. Diese wollte der C.-V. nicht auf Palästina beschränkt sehen. Die beiden jüdischen Anschauungen will der Autor offenbar mit seinem letzten Satz versöhnen: »Die Arbeit des C.-V. und der ZVfD verbleibt als Vermächtnis des deutschen Judentums« (S. 307).

Als Kritik an der sehr informativen und akribischen Darstellung und insgesamt ordentlichen Studie sollen mehrere Satz-, aber auch inhaltliche Fehler nicht verschwiegen werden: Die Darstellung des Attentats von Herschel Grzyszpan am 7. November 1938 erfolgte nicht auf den »deutschen Botschafter von Rath«, sondern auf den als Gesandtschaftsrat in der deutschen Botschaft in Paris tätigen Ernst vom Rath. Nach dessen Tod sind Pogrome ausgelöst worden – die aber weit über die »Nacht vom 9. auf den 10. November 1938« (S. 298) hinausgingen.

Kurt Schilde
Berlin/Potsdam

Entscheidung zum Völkermord?



Peter Longeric

Wannseekonferenz.

Der Weg zur Endlösung

München: Pantheon Verlag, 2016, 224 S.,
€ 14,99

Zum 75. Jahrestag der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 hat Peter Longeric ein neues, gut lesbares Buch vorgelegt, welches

den Forschungsstand zusammenfasst und versucht, dieses Ereignis in die Holocaustforschung einzuordnen. Hierbei unterzieht er den ebenfalls in diesem Buch als Faksimile abgedruckten Protokolltext einer detaillierten Textanalyse.

Am Berliner Wannsee berieten auf Einladung Reinhard Heydrichs 15 hochrangige Polizei- und Ministerialbeamte über die »Endlösung der Judenfrage«.¹ Das Morden hatte zu diesem Zeitpunkt längst begonnen. In Polen hatten bereits im Herbst 1939 Massaker an der jüdischen Bevölkerung stattgefunden. In den Ghettos starben die Menschen an Hunger und Seuchen, und in den besetzten Gebieten der Sowjetunion ermordeten die Einsatzgruppen seit Sommer 1941 Hunderttausende bei Massenerschießungen. In Wannsee ging es daher vor allem um Fragen der Planung und Organisation, das heißt um das Wie der Deportationen und des Mordes. Ungeachtet dessen hält sich in der Öffentlichkeit hartnäckig der Glaube, dass auf der Konferenz die Entscheidung zum Übergang zum systematischen Mord gefällt wurde. Dies ist offenbar dem verbreiteten Bedürfnis geschuldet, außergewöhnliche geschichtliche Ereignisse mit konkreten Entscheidungssituationen und Orten zu belegen. Zudem gibt es kaum ein so eindrückliches Dokument wie das Protokoll der Konferenz. Dieses gilt heute – wie Longeric eingangs betont – als »Synonym für den kaltblütigen, bürokratisch organisierten und arbeitsteiligen Massenmord an den europäischen Juden« (S. 8); als ein »Gesamtplan zur Ermordung der europäischen Juden« (S. 9).

Longeric stellt in seinem Buch eine Interpretation der Konferenz und des Holocausts vor, die intentionalistische und funktionalistische

Erklärungsansätze zu einer komplexen Erklärung verknüpft. Demnach sei »der Holocaust nicht aufgrund einer einzelnen zentralen Entscheidung in Gang gesetzt worden, sondern er ist – im Rahmen einer langfristig orientierten, aber immer wieder Veränderungen unterworfenen antijüdischen Politik der Nationalsozialisten – das Ergebnis eines Entscheidungsprozesses, in dem Hitler, die zentrale Führungsinstanz des ›Dritten Reiches‹, im engen Zusammenspiel mit anderen Teilen des Machtapparates, schrittweise aus einer noch vagen Absicht zur Vernichtung der Juden ein konkretes Mordprogramm entwickelte und in Gang brachte.« (S. 13 f.) Dieses Vorhaben meistert Longeric virtuos: Er ordnet die Konferenz in einen Reigen von Besprechungen zur Judenfrage ein, die seit Herbst 1940 stattfanden, und skizziert den Radikalisierungsprozess, der nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 an immer größerer Dynamik gewann.

Neu ist vor allem, dass er versucht, die Wannsee-Konferenz in den Kontext von (vermeintlichen) Gegensätzen zwischen den beiden zentralen Akteuren zu stellen. Er spricht von »zwei miteinander zunehmend konkurrierende(n) Linien«: »zum einen der Ansatz von Heydrich, der nach wie vor die große Deportationslösung nach einem ausgearbeiteten Gesamtplan verfolgte, zum anderen die Position [Heinrich] Himmlers, der den durch die Deportationen in bestimmten Schlüsselzonen in Gang gekommenen Mordprozess mit allen Mitteln weiter vorantreiben wollte, ohne die Erstellung eines Gesamtplans« (S. 129) abwarten zu wollen. Hierbei rekonstruiert Longeric die zwei maßgeblichen Befehlsketten, die einmal von Hitler über Göring zu Heydrich und einmal direkt von Hitler zu Himmler und von diesem zu den Höheren SS- und Polizeiführern (HSSPF) verliefen. Heydrich habe im Januar 1941 einen – nicht mehr überlieferten – Plan für eine »territoriale Lösung der Judenfrage« in einem »noch zu bestimmenden Territorium« vorgelegt und sich bereits im März 1941 bei Göring um eine entsprechende Ermächtigung bemüht, die er schließlich am 31. Juli 1941 mit der Maßgabe erhalten hatte, »andere Zentralinstanzen« – insbesondere Ostminister Alfred Rosenberg – einzubeziehen (S. 26 f.). Seine Planungen für Göring bezogen sich grundsätzlich auf die Zeit nach einem erfolgreichen Sowjetfeldzug und nahmen die gesamte jüdische Bevölkerung des europäischen Kontinents in den Blick. Himmler hingegen habe mit einer »beispiellosen Radikalisierung der Judenverfolgung im Osten« versucht, »machtpolitisches Terrain zurückzugewinnen«. Er habe sich zurückgesetzt gefühlt, als Hitler am 16. Juli 1941 die Kompetenzbereiche in den besetzten Ostgebieten festlegte und ihm nur die »polizeiliche« und nicht auch die »politische Sicherung« der neuen Ostgebiete anvertraut habe. Er habe daher seine Kompetenzen als »Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums« mit jenen in den Bereichen »Polizei und Siedlung« verknüpft. Spätestens in der ersten Augusthälfte 1941 habe er daher »die massenhafte Ermordung auch von Frauen und Kindern« durch die Einsatzgruppen, die bisher vor allem jüdische Männer im wehrpflichtigen Alter ermordet hatten, angeordnet und zwei ihm direkt unterstellte SS-Totenkopfbrigaden

¹ Zur Wannsee-Konferenz und zum Stand der Forschung siehe Hans-Christian Jasch, Christoph Kreuzmüller (Hrsg.), *Die Teilnehmer. Die Männer der Wannsee-Konferenz*, Berlin 2017; Peter Klein, *Die »Wannsee-Konferenz« am 20. Januar 1942. Eine Einführung*, Berlin 2017; Norbert Kampe, Peter Klein (Hrsg.), *Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen*, Köln, Weimar, Wien 2013; Mark Rosemann, *Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte*, Berlin 2002 (engl. Ausg.: 2002).

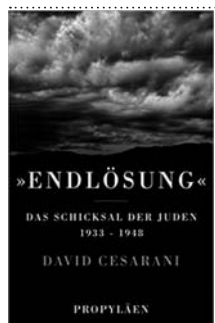
den HSSPF Russland-Mitte und Russland-Süd zugeordnet, die er angehalten habe, »Großmassaker mit mehreren Tausend jüdischen Zivilisten« zu begehen (S. 30). Hiervon sei dann der Impuls ausgegangen, der die Einsatzgruppenführer dazu veranlasst habe, zur flächendeckenden Ermordung der sowjetischen Zivilbevölkerung überzugehen. Konkrete Quellen für diese Entwicklung legt Longerich in diesem Buch jedoch nicht vor, sondern verweist stattdessen auf zwei Kapitel in seinem Standardwerk *Politik der Vernichtung*² und seine Himmler-Biographie.³

Longerich gelingt es insgesamt, das Konferenzgeschehen plausibel zu deuten und in den Kontext der aktuellen Holocaustforschung einzuordnen. Aspekte wie die »Lösung der Mischlings- und Mischenfrage«, die einen erheblichen Umfang im Protokoll einnehmen und auch für die Zahlenkolonnen auf Seite 6 des Protokolls etwa bei der Bestimmung der Anzahl der niederländischen Juden offenbar eine Rolle spielten, werden von Longerich indes nur gestreift und kaum als Erklärungsansatz für die Konferenz berücksichtigt, obschon diese Frage für das Deutsche Reich und Westeuropa in den der Konferenz vorgelagerten Besprechungen und den beiden Nachfolgebearbeitungen eine zentrale Rolle spielte.

Hans-Christian Jasch
Berlin

-
- 2 *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München, Zürich 1998.
3 *Heinrich Himmler. Biographie*, München 2008.

Neues Standardwerk zum Holocaust?



David Cesarani

»Endlösung«.

Das Schicksal der Juden 1933–1948

Berlin: Propyläen Verlag, 2016, 1.100 S.,

€ 42,-

Eine kaum mehr zu überblickende Zahl von Studien zu den verschiedensten Aspekten des Holocaust sowie eine stattliche Reihe umfangreicher Gesamtdarstellungen füllen inzwischen ganze Bibliotheken. Allein in jüngster Zeit erschienen drei recht unterschiedliche Synthesen zum

Massenmord an den europäischen Juden. Das Buch des 2015 verstorbenen David Cesarani, des langjährigen Direktors der Londoner Wiener Library und Verfassers zahlreicher Bücher zum Holocaust, ist das voluminöseste und am konventionellsten erzählte von ihnen.¹

Cesarani schildert die verschlungenen Entwicklungslinien von Ausgrenzung, Verfolgung bis hin zum Massenmord chronologisch und bemüht sich sehr darum, den offenen Charakter, den der Prozess für die Beteiligten hatte, in Balance zu bringen mit dem Wissen und den Interpretationen des Historikers. Dabei bedient er sich, wie vor ihm bereits etliche andere, zahlreicher vor allem zeitgenössischer Dokumente, Briefe und Tagebücher, deren Horizont der der jeweiligen historischen Gegenwart war. Damit wollte er dem Leser zudem »ein Gespür für den zufälligen, chaotischen Verlauf« (S. 26) der Geschichte vermitteln. Es sind vor allem die bereits vielfach zitierten Stimmen von Personen wie Victor Klemperer, Willy Cohn, Adam Czerniaków und anderen, die Cesarani souverän orchestriert.

In acht großen Kapiteln führt er beginnend mit dem Jahr 1933 durch die Geschichte, drei davon widmen sich der Vorkriegszeit, die übrigen dem Krieg. In dichten Beschreibungen zeigt er eindrucksvoll die Wucht der Ereignisse von Anfang an und misst dabei den Zeugnissen der Verfolgten über einen bloß illustrativerzählerischen Stellenwert besonderes Gewicht bei: »Tatsächlich haben die Opfer den Historikern etwas Wichtiges zu sagen: Zum Zeitpunkt des Geschehens schien die Judenpolitik deshalb nicht zusammenhängend und zielgerichtet zu sein, weil sie es nicht war. Vielmehr war sie improvisiert, ungeplant und daher unvorhersehbar.« (S. 92) Diese und andere Urteile haben nicht immer den Neuigkeitswert, den Cesarani ihnen zuschreibt, aber in der Konsequenz, diese in Darstellung und Interpretation einfließen zu lassen, geht er vielleicht weiter als viele andere. Auch berücksichtigt Cesarani die Perspektive und den Einfluss des Auslands auf die Entwicklung in NS-Deutschland und den deutschen Machtbereich mehr als manch anderer Autor.

Die Entwicklung während des Krieges koppelt Cesarani eng an den militärischen Verlauf der Kampfhandlungen und der strategischen Planungen, die – neben ökonomischen Erfordernissen – ausschlaggebend für die Behandlung der Juden gewesen seien. »Mehr als eine vorgefertigte Agenda für die Behandlung der Juden«, schreibt er, »schuf der Kriegsverlauf die Bedingungen für eine mörderische Dynamik von beispiellosem Ausmaß und unfassbarer Brutalität.« (S. 433) Die Eskalation von der (durch den Krieg erheblich verschärften) Verfolgung zum Massenmord sieht er in einer Mischung aus ideologischer Disposition, vagen Utopien sowie

.....

1 Die anderen beiden sind: Timothy Snyder, *Black Earth. Der Holocaust und warum er sich wiederholen kann*, München 2015; Christian Gerlach, *Der Mord an den europäischen Juden: Ursachen, Ereignisse, Dimensionen*, München 2017.

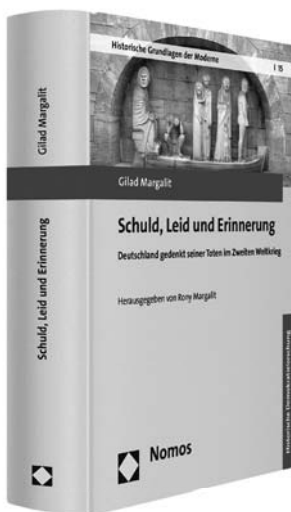
situativen Faktoren und Akteuren, die den meist selbstgeschaffenen Problemlagen mit Improvisation und immer weiteren Radikalisierungen nach gescheiterten Lösungsversuchen begegneten. Ein Beispiel von vielen ist das Handeln der Verantwortlichen im Reichsgau Wartheland und in Lodz, die ohne jede zentrale Steuerung schließlich im organisierten Massenmord in der Tötungsstation Kulmhof den Ausweg aus der Sackgasse sahen, in die sie sich durch volkstumspolitische Utopien manövriert hatten. Diese Entwicklung, das unterstreicht Cesarani immer wieder, kann jedoch nicht hinreichend erklärt und verstanden werden, wenn nicht der enge Zusammenhang zum Kriegsverlauf hergestellt wird.

»Das Schicksal der europäischen Juden zwischen 1933 und 1945 wurzelte im Antisemitismus, wurde aber vom Krieg geformt« (S. 941), auf diese pointierte Formel bringt er am Schluss seinen Ansatz. Der Kriegsverlauf 1941, die Entwicklung von anfänglicher Sieges euphorie zum Steckenbleiben und der Ausweitung zum Weltkrieg mit dem Kriegseintritt der USA, sei entscheidend für den Holocaust gewesen, der auch im Krieg weitgehend planlos vorgegangen sei. Dass das Morden diese gewaltige Dimension angenommen habe, sei nicht auf eine aufwendig betriebene und

ausgeklügelte Mordmaschinerie zurückzuführen, vielmehr sei sie »eine Folge deutscher Hartnäckigkeit sowie der aktiven oder passiven Mithilfe der Bevölkerungen, unter denen die Juden lebten, und der Dauer der Mordkampagne, die wiederum zum großen Teil eine Folge des militärischen Versagens der Alliierten war.« (S. 945)

David Cesarani bietet eine polyperspektivische Darstellung mit klarer Interpretation, die aber keine grundlegend neuen Deutungen bringt. Dies versucht er jedoch mitunter durch verzerrte Darstellungen eines angeblichen Forschungskonsenses zu kaschieren. Einleitend schreibt er zum Beispiel, er stelle im »Unterschied zu den meisten bisherigen Darstellungen« in Frage, dass die antijüdische Politik »systematisch und zusammenhängend, geschweige denn vorsätzlich und wohlüberlegt war« (S. 16). Gleichwohl liegt mit Cesaranis Werk eine umfassende und lehrreiche Gesamtinterpretation der »Endlösung« vor, die – auch ohne, dass es wie im Klappentext als »das maßgebliche Standardwerk« überhöht werden müsste – lesenswert ist.

Markus Roth
Gießen



Schuld, Leid und Erinnerung

Deutschland gedenkt seiner Toten im Zweiten Weltkrieg
Herausgegeben von Rony Margalit

Von Prof. Gilad Margalit

2016, 419 S., geb., 79,- €

ISBN 978-3-8487-2744-5

eISBN 978-3-8452-7088-3

(Historische Grundlagen der Moderne, Bd. 15)

nomos-shop.de/26518

Die nachkriegsdeutsche Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg erfolgte in einem Spannungsfeld, in dem Diskurse um Schuld und Verantwortung der Deutschen mit solchen um ihr Leiden konkurrierten. Die Opfer und die Gegner des Nationalsozialismus standen dabei lange Zeit nicht im Vordergrund. Gilad Margalit zeichnet ein differenziertes Bild der Erinnerungskultur und bezieht in die Analyse Denkmäler, publizistische und literarische Quellen mit ein.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.

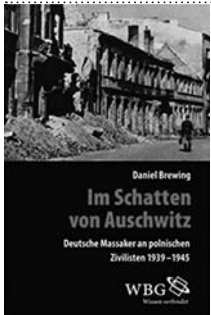
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos

Jenseits des Holocaust



Daniel Brewing

Im Schatten von Auschwitz.

Deutsche Massaker an polnischen

Zivilisten 1939–1945

Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2016, 400 S., € 89,95

Jenseits des Holocaust ist über die Gewalt an ethnischen Polen während des Zweiten Weltkriegs hierzulande kaum etwas bekannt. Daniel Brewing tritt mit seiner Stuttgarter Dissertation von 2014 an, dies zu ändern. Er widmet sich dabei ausschließlich den Opfern der deutschen »Partisanenbekämpfung« im Generalgouvernement, mithin also jenen etwa 35.000–40.000 Menschen, die im Rahmen von Massakern ermordet wurden. Brewing versteht unter Massakern grausame, exzessive und überbordende Gewalt, für die die Besatzer »gute Gründe« (Anführungszeichen im Original) gesehen hätten; dies in Abgrenzung zum Genozid, wobei Nutzwert und Trennschärfe der Kategorie etwas fraglich bleiben – für die Nationalsozialisten hatte auch der Holocaust »gute Gründe«.

Aber gerade die Ursachen der Gewalt arbeitet Brewing sehr überzeugend heraus. Hoch analytisch und klar geschrieben belegt er, wie Stereotype von brutalen Polen und von notwendiger Selbstverteidigung sich mit Ideen vom Volkstumskampf vermischten und so eine Rechtfertigungsgrundlage boten. Der »Bromberger Blutsonntag« und die Auseinandersetzungen um Schlesien nach dem Ersten Weltkrieg prägten das Bild. Die Selbstviktimisierung der (Volks-) Deutschen führte zu der Überzeugung, selbst Opfer der Polen gewesen zu sein. Und Gewalt wäre demzufolge die einzige Sprache, die diese verstünden.

Diese wichtige Erkenntnis wird anhand von chronologisch angeordneten Beispielen belegt. Für jedes Kriegsjahr stellt Brewing ein oder zwei besonders brutale »Bandenkampf«-Unternehmen vor, die sich durch stetig steigende Gewalt auszeichneten. Dass es sich bei den Opfern in der großen Mehrzahl nicht um bewaffnete Kämpfer handelte, ist wohl kaum überraschend und ein aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion bekanntes Phänomen. Ganz wesentlich war den Deutschen, ihre Aktionen als Kommunikationsinstrument nach innen und außen zu verstehen: Stärke galt ihnen als eine wesentliche Herrschaftslegitimation. Das galt auch für die internen Auseinandersetzungen der Besatzer, denn die SS wollte damit ihre Kompetenz in der Befriedung des Landes gegenüber der Wehrmacht beweisen, hatte aber letztlich keinen Erfolg, weil ihre Gewalt nur noch mehr Gegengewalt erzeugte: Spätestens 1943 konnten Deutsche die

ländlichen Gebiete des besetzten Polen – und besonders Wälder – nur noch unter Lebensgefahr betreten.

Als sich die Wehrmacht dann einschaltete und 1944 im Distrikt Lublin selbst einen großen Antipartisaneneinsatz organisierte, unterschieden sich ihre Methoden freilich nicht von denen der SS. Ganz im Gegenteil setzten auch die Militärs auf die wahllose Erschießung von Zivilisten und das Niederbrennen von Dörfern – und mussten sich im Anschluss ihr Scheitern eingestehen. Wie die SS nicht ohne Genugtuung bemerkte, ließ sich auch diesmal kein Rückgang der »Bandenaktivitäten« konstatieren.

Brewing bettet seine Darstellung in umfangreiche soziologische Erkenntnisse und die differenzierte polnische Forschungslandschaft ein. Letztere freilich beschränkt sich ganz wesentlich auf die Opfer, wohingegen der Fokus dieses Buchs bis auf einen kleinen Exkurs ausschließlich auf den Tätern liegt. Und obwohl die Kontextualisierung etwa in Bezug auf die allgemeine Kriegslage oder die deutsche Ausbeutungspolitik erfolgt, wäre eine stärkere Einbettung des »Partisanenkampfes« in den Holocaust und andere Massenverbrechen der deutschen Besatzer wünschenswert gewesen. Zwar sind die Exzesse des Polenfeldzugs 1939 sowie der Warschauer Aufstand 1944 integriert, aber am Ende sind die hier analysierten Massaker doch nur ein kleiner Teil der Verbrechen an ethnischen Polen – von denen alleine im Generalgouvernement über eine Million starben.

Jenseits dessen hat Brewing mustergültig herausgearbeitet, wie sehr das deutsche Vorgehen ein *trial and error* war. Er kann zeigen, dass es zwar vereinzelt Partizipationsangebote an die Einheimischen gab, diese aber weder konsistent noch nennenswert waren – Denunziation oder die Mithilfe beim Holocaust wären hier zu nennen. Insgesamt bietet das Werk wichtige neue Erkenntnisse, die über den durchaus avancierten polnischen Forschungsstand deutlich hinausgehen. Diesen in Beziehung zur deutschen Täterforschung gesetzt zu haben ist Brewings großes Verdienst. Und mehr noch: Er lenkt das Augenmerk auf die wichtige Tatsache, dass keineswegs nur in der Sowjetunion ein rücksichtsloser Krieg gegen Zivilisten geführt wurde. In Polen gehört das zum Grundwissen und ist Teil des nationalen Selbstverständnisses. In Deutschland hingegen sorgt es immer wieder für Befremden, wenn polnische Politiker das Leiden der ethnischen Polen hervorheben; gerne wird ihnen dann Ignoranz gegenüber dem Holocaust und Opferrivalität vorgeworfen. Das Buch zeigt, warum es wenig Substanz für solche Anschuldigungen gibt.

Stephan Lehnstaedt
Berlin

Der Reichsfiskus als Profiteur der Judendeportationen



Anton Weise

Nach dem Raub. Die Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Hannover, 1941–1950

Göttingen: Wallstein, 2017, 328 S., € 35,90

Um es vorwegzunehmen: Mit seiner Dissertation zur Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Hannover schließt Anton Weise eine große Lücke bei der Erforschung der Rolle der Finanzverwaltung beim Holocaust. Mit Beginn der Massendeportationen der deutschen Juden aus dem »Altreich« im Herbst 1941 wurden bei den Oberfinanzpräsidien regionale Vermögensverwertungsstellen eingerichtet. Diesen kam die Aufgabe zu, den zurückgelassenen Hausrat sowie noch vorhandenes Vermögen der Deportierten zu verwalten und zu Gunsten des Deutschen Reiches zu verwerten. Der pseudolegale Rechtsakt der Enteignung hatte zuvor schon stattgefunden, entweder infolge des Vermögensverfalls nach der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 oder durch eine staatliche Einziehungsverfügung. Obwohl nach 1945 die zum Teil recht umfangreichen Aktenüberlieferungen der Finanzverwaltung in Restitutionsverfahren und später auch in der Forschung eine große Rolle spielten, existierte bisher keine Monografie über die Tätigkeit einer Vermögensverwertungsstelle.

Weise kam bei seiner Arbeit zugute, dass neben den über 2.000 Einzelfallakten auch die Generalakten der Behörde überliefert sind. Sehr hilfreich für die wissenschaftliche Durchdringung des umfangreichen Materials dürfte sich zudem die vorangegangene Tätigkeit Weises in der Bundesvermögensverwaltung ausgewirkt haben, die sich unter anderem im souveränen Gebrauch rechtlicher Termini widerspiegelt, der für historische Studien nicht unbedingt selbstverständlich ist.

Die Vermögensverwertungsstelle (VVS) beim Oberfinanzpräsidenten Hannover nahm ihre Tätigkeit am 8. Januar 1942 auf, als die Gestapo die Transportlisten, Einziehungsverfügungen und Vermögenserklärungen derjenigen Juden an die Finanzverwaltung übergab, die am 15. Dezember 1941 von Hannover aus nach Riga deportiert und dort größtenteils ermordet worden waren. Auf der Basis der Vermögenserklärungen, die von den jüdischen Opfern kurz vor der Deportation ausgefüllt werden mussten, verwertete die VVS den zurückgelassenen Besitz. Hierbei bediente sie sich im Regelfall der örtlich zuständigen Finanzämter, die insbesondere die Versteigerung des Hausrats übernahmen. Die dezentrale Durchführung der Verwertung lag darin begründet, dass es sich bei der Vermögensverwertungsstelle um eine

relativ kleine Dienststelle mit einem Personalbestand von lediglich elf Personen handelte, Juristen, Finanzbeamte sowie Angestellte der Devisenstelle Hannover. Eine besondere antisemitische oder nationalsozialistische Prägung lässt sich bei den Tätern Weise zufolge nicht feststellen. Vielmehr sei das Verwaltungshandeln profiskalisch und an Effizienzkriterien ausgerichtet gewesen. Nur in Einzelfällen zählten Finanzbeamte auch selbst zu den Profiteuren des Vermögensraubs.

Der Autor stuft die Vermögensverwertungsstelle als wichtige Akteurin im Holocaust ein: Ihre Tätigkeit bildete den Abschluss des Prozesses der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Hannovers und weiter Teile Niedersachsens. Ihre Gründung wird von ihm treffend als »Tiefpunkt« der Geschichte der Reichsfinanzverwaltung bezeichnet, da erstmals eine Finanzbehörde eigens zu dem Zweck gegründet wurde, geraubtes Eigentum von Juden zu verwerten. Im Unterschied zur Devisenstelle, die als staatliche Beraubungsinstanz primär gegenüber den vor der Auswanderung stehenden Juden tätig wurde, hatte die Vermögensverwertungsstelle keinen Kontakt zu ihren Opfern. Auch war für sie als ausführende Behörde der Handlungsspielraum eher gering. Weise präsentiert sowohl Fälle, in denen die VVS zu Ungunsten der Opfer intervenierte, etwa wenn bei der Gestapo auf eine Deportation einer jüdischen Anteilseignerin hingewirkt wurde, um ein Grundstück verwerten zu können, als auch Fälle, in denen sie zu Gunsten von Hinterbliebenen der Opfer handelte, wenn beispielsweise ein Härteausgleich anerkannt wurde.

Die Untersuchung veranschaulicht den Prozess der Vermögensverwertung durch Einzelfälle, wobei die Ausführungen Weises sich bisweilen in den Details des Inkasso verlieren. Ab 1942, als die VVS Hannover 834 Akten vom Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg übernahm, war die VVS nicht nur für das Vermögen deportierter Juden, sondern auch für das emigrierter Juden zuständig. Darüber hinaus war die VVS auch für weitere Opfergruppen wie etwa Sinti, Zwangsarbeiter und Widerstandskämpfer verantwortlich, was jedoch vom Arbeitsumfang her keine größere Rolle spielte. Nach 1945 führte die Vermögensverwertungsstelle ihre Tätigkeit fort, indem sie das eingezogene Vermögen weiter verwaltete. Eine personelle Kontinuität gab es in der Person Dr. Fritz Goebels, der seit 1941 beim Oberfinanzpräsidium Hannover als Gruppenleiter auch für den Bereich »Judenvermögen« zuständig war und nach 1945 mit der organisatorischen Abwicklung der VVS betraut wurde; die sich bis 1950 hinziehen sollte.

Abschließend grenzt der Verfasser seine Ergebnisse von den Thesen Götz Aly ab. Die VVS hatte für Weise keine systemstabilisierende Funktion, da die Umverteilung des geraubten Vermögens an die regionale Bevölkerung keinen größeren Umfang hatte. Zudem überstieg die Anzahl abgewiesener Antragsteller bei weitem die Zahl der Profiteure. Und als durch Kriegswirtschaft und Bombenkrieg ab 1943 allgemeiner Mangel herrschte, war der Hausrat der Deportierten schon verteilt.

Martin Friedenberger
Berlin

Neue Zeitschrift zur NS-Gewaltgeschichte



Konzentrationslager. Studien zur Geschichte des NS-Terrors
Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten hrsg. von Insa Eschebach, Detlef Garbe, Gabriele Hammermann, Thomas Lutz, Günter Morsch, Thomas Rahe, Jens Skribeleit und Jens-Christian Wagner.

Heft 1: *Kriegsendverbrechen zwischen Untergangschao und Vernichtungsprogramm* (2015), Heft 2: *Repatriierung in Europa 1945* (2016)

Berlin: Metropol Verlag, je € 16,-



Der Metropol Verlag, in dessen Programm die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager einen Schwerpunkt bildet, publiziert eine neue Zeitschrift:

Konzentrationslager. Studien zur Geschichte des NS-Terrors. Herausgegeben wird das Periodikum von den Leiterinnen und Leitern der KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen. Erklärtes Ziel ist es, »wissenschaftlich besonders innovative und wichtige Beiträge vor[z]ustellen« und – einen Trend vieler neuerer Studien widerspiegelnd – als ein »Forum zur Erforschung der nationalsozialistischen Zwangslager« zu dienen, »das dem gesamten Spektrum der mit dem Lagersystem und seiner Nachgeschichte verbundenen Themen Raum geben sowie deren Einordnung in die geschichtswissenschaftliche Debatte über den Nationalsozialismus und die staatliche Massengewalt im 20. Jahrhundert behandeln möchte« (Heft 1, S. 7 f.). Das Journal tritt dabei ganz bewusst die Nachfolge der auch international vielbeachteten *Dachauer Hefte* an, die 2009 eingestellt wurden. Die ersten beiden Ausgaben enthalten jeweils fünf thematische Beiträge, die um einen Dokumentations- und einen Debattenteil ergänzt werden.

In der Abhandlung von Wolfgang Benz, die den Debattenteil eröffnet, begegnen uns Überlebende in Gestalt streitbarer Zeitzeuginnen und -zeugen, für die eine wissenschaftliche Darstellung oft genug im Widerspruch zu eigenen Erfahrungen steht. Am Beispiel der Diskussionen um Potsdamer Erinnerungsorte – das ehemalige sowjetische Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße, der Gedenkstätte Lindenstraße sowie den Wiederaufbau der Garnisonskirche – zeigt Benz, wie »gegen das Bemühen kritischer und objektiver

Betrachtung polemisiert [wird], wenn Deutungsmacht in eigener Sache beansprucht wird« (H. 1, S. 150). Verfolgte von Nationalsozialismus und Kommunismus treten dabei zuweilen in eine spannungsvolle Opferhierarchie. Ähnlich zugespitzt wie Benz schreibt im zweiten Heft auch Bill Niven, der anhand jüngster Kontroversen um die Kriegsschuldfrage in der deutschen Öffentlichkeit einen Wandel hin zu »einem postmoralisierenden Zugang zur Zeit des Nationalsozialismus« (H. 2, S. 149) konstatiert. Beide Beiträge sind geeignet, der neuen Zeitschrift einen deutlich politischen Charakter zu verleihen, welcher wiederum auch der Arbeit der Gedenkstätten entspricht, deren Forschungstätigkeiten, wie das in Heft 1 abgedruckte Gutachten von Günter Morsch zur Existenz eines Massengrabes ermordeter Häftlinge des Lagers Lieberose zeigt, häufig von politischer Brisanz sein können. Dass Forschung an Gedenkstätten darüber hinaus schon längst auch interdisziplinär ist, belegt Barbara Schulz' bauhistorische Studie zum Gelände des ehemaligen »Industrie-hofs« in Ravensbrück (H. 2).

Im ersten Heft zum Thema Kriegsendverbrechen sowie auch in der nachfolgenden Nummer zu Repatriierungen tragen die Autorinnen und Autoren zu einer differenzierten Betrachtung der letzten Phase des NS-Regimes und des Schicksals der Millionen Befreiten, nunmehr »Displaced Persons«, bei. Beiträge zur Geschichte und Nachgeschichte der KZs sind dabei neben Studien platziert, die sich mit Kriegsendverbrechen an tausenden Strafgefangenen der Justiz (Christoph Bitterberg und Sylvia de Pasquale) und zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern (Christine Glauning) sowie der Rückkehr von 1.750.000 Menschen nach Italien (Giovanna D'Amico) beschäftigen. Die Eskalation der Gewalt zum Kriegsende – schätzungsweise 250.000 KZ-Häftlinge starben bei Lagerräumungen und auf Todesmärschen – erklärt Jens-Christian Wagner überzeugend als ein Zusammenwirken ideologischer und situativer Faktoren. Den Täterkreis erweitert er, indem er neben den regionalen und lokalen Instanzen, die ab Sommer 1944 »über Methoden und Zeitpunkt der »Evakuierungen«« entschieden (S. 19), auch die Beteiligung deutscher und österreichischer Zivilpersonen untersucht. Großangelegte Mordaktionen in den Endphasen der Lagerkomplexe Sachsenhausen und Mauthausen-Gusen erforschen Astrid Ley und Bertrand Perz, die auch stichhaltig die Zahl der Opfer erhellen. Die Dynamik der Geschichte tritt ebenso in den Beiträgen des zweiten Heftes deutlich zutage. Neben den bereits Genannten schreiben hier Susanne Urban zur politikgeschichtlichen Dimension von Repatriierungen, Insa Eschebach und Katharina Zeiher über das Leben nach der Befreiung in Ravensbrück, Jens Binner über die Heimkehr in die Sowjetunion und Anna Szasz zum Schicksal ungarischer Roma.

Geringfügige Unklarheiten, die in der Zusammenschau aller Beiträge eines Heftes aufkommen, hätten durch sorgfältiges wissenschaftliches Lektorat und eine systematischere Einordnung in einen größeren Forschungszusammenhang in der Einleitung vermieden werden können. So diskutieren mehrere Texte des ersten Heftes einen

Befehl Himmlers, wonach kein KZ-Häftling den Alliierten lebend in die Hände fallen sollte: Während die Existenz dieses »ominöse[n] Befehl[s]« in der Einleitung »mit guten Argumenten angezweifelt werden kann« (S. 11), datiert Wagner ebendiesen Befehl auf den 14. April 1945 (S. 26), wohingegen Ley betont, dass im Fall der Räumung von Sachsenhausen »[e]in schriftlicher Befehl Himmlers zur Tötung der erwähnten Häftlingsgruppen [als politisch gefährlich und »marschunfähig« Eingestufte] nicht überliefert« sei (S. 41). Dieser kleine Kritikpunkt trübt jedoch nicht den Gesamteindruck eines gelungenen Starts einer neuen Fachzeitschrift zur Erforschung der Geschichte und Nachgeschichte des NS-Terrors.

Kim Wünschmann
München

»Nicht immer intakt«



**Herlinde Pauer-Studer,
J. David Velleman**

*»Weil ich nun mal ein
Gerechtigkeitsfanatiker bin.«
Der Fall des SS-Richters Konrad Morgen*
Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2017,
348 S., € 26,-

Gab es eine eigene nationalsozialistische Moral? Vor dem Hintergrund dieser Frage haben Herlinde Pauer-Studer und J. David Velleman dem Leben und vor allem Wirken des SS-Richters Konrad Morgen eine Studie gewidmet. Die interne Gerichtsbarkeit der SS ist ein guter Ansatzpunkt, um die Eigendynamik und Besonderheit nationalsozialistischer Normativität zu erfassen. Allein die Tatsache, dass es diese besondere Gerichtsbarkeit gab und dass SS-Richter über Angehörige der SS Urteile sprachen, belegt ja den Versuch, besondere Normen zu etablieren und ihre Nichteinhaltung zu sanktionieren. Insofern ist der Fall des SS-Richters Morgen bestens für eine Studie zur nationalsozialistischen Moral geeignet. Pauer-Studers und Vellemans gründliche Recherchen sowie ihre kenntnisreichen und klugen Überlegungen zum Verhältnis von Recht und Moral machen das Buch zu einer spannenden und lesenswerten Lektüre.

Die Verfasser skizzieren einleitend das Verhältnis von Recht und Moral im Verständnis nationalsozialistischer Rechtstheoretiker. Sie schildern Morgens Eintritt in die SS und zeichnen, nach einem

kurzen Kapitel über die Genese der SS-Gerichtsbarkeit, seinen Weg als SS-Richter nach. Morgen, 1909 als Sohn eines Lokomotivführers in Frankfurt am Main geboren, studierte zwischen 1930 und 1933 Rechtswissenschaften, trat im März 1933 in die SS und im darauffolgenden Monat in die NSDAP ein, promovierte 1936 und wurde nach einer kurzen Zeit als Assessor am Landgericht Stettin zur Waffen-SS eingezogen. Von dort bewarb er sich um eine Tätigkeit in der SS- und Polizeigerichtsbarkeit, wurde SS-Richter und ermittelte wegen Korruption, bei der er auch nicht vor Konfrontationen mit hochrangigen SS-Führern zurückschreckte. Nachdem er beim SS-Gericht um seine Versetzung aus dem Generalgouvernement ersucht hatte, wurde er aber auf Befehl Himmlers aus der SS- und Polizeigerichtsbarkeit entlassen und zum gemeinen Soldaten degradiert. Nach kurzer Zeit an der Front beorderte Himmler ihn jedoch wieder zur SS- und Polizeigerichtsbarkeit zurück. Morgen erhielt den Auftrag, Finanzkorruption im KZ Buchenwald zu untersuchen. Die Ermittlungen führten zur Anklage gegen den früheren Lagerkommandanten Karl Otto Koch, der von einem SS-Gericht später zum Tode verurteilt wurde. Morgens Tätigkeit wurde daraufhin auf weitere Konzentrationslager ausgeweitet. Er leitete Untersuchungen gegen weitere hochrangige SS-Führer ein, so unter anderem gegen Adolf Eichmann und Rudolf Höß, den Kommandanten von Auschwitz.



3.450 likes

Danke für Ihr Interesse!

Folgen auch Sie uns auf Facebook?

Aktuelle Informationen aus dem Fritz Bauer Institut,
Veranstaltungshinweise, neue Publikationen,
Nachrichten und Berichte aus Kultur und Wissenschaft

www.facebook.com/fritz.bauer.institut

Im August 1946 sagte Morgen im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Zeuge der Verteidigung aus. Dabei versuchte er die SS reinzuwaschen, indem er alle offenbar gewordenen Verbrechen korruptiven Tendenzen und einzelnen Personen in der SS anlastete. Seine eigene Tätigkeit begann er schon damals als Widerstand gegen die Verbrechen des NS-Regimes darzustellen. Besonders bekannt geworden ist seine Darstellung seines Aufenthalts im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, in der er nicht nur seine Eindrücke aus dem Lager schilderte, sondern auch erklärte, dass das Wissen um die Judenvernichtung zu dem Entschluss geführt habe, gegen die am Völkermord Beteiligten zu ermitteln: zwar nicht »wegen der von dem Staatsoberhaupt befohlenen Tötungen«, wohl aber wegen Tötungen, »die außerhalb dieses Befehls oder gegen diesen vorgenommen wurden«, um so eine »Erschütterung dieses Systems« (S. 221) herbeizuführen.

Im Schlusskapitel versuchen Pauer-Studer und Velleman das Verhalten Morgens, der 1982 in Frankfurt am Main verstarb, moralisch zu bewerten. Dabei ziehen sie seine Darstellungen nur so weit in Zweifel, wie sich evidente Unwahrheiten aus den Quellen nachweisen lassen. So kommen sie zu dem Schluss, Morgen habe zwar einerseits das Ethos der SS geteilt und an keinem Punkt dagegen rebelliert. Auf der anderen Seite aber habe der industrielle Massenmord vermocht, Morgens »persönliches Gewissen wachzurütteln, das von Nachrichten über Pogrome und Exekutionen zuvor nicht groß berührt worden war«. Morgen habe »echte Anteilnahme für das Schicksal jüdischer Häftlinge« gezeigt und deren »Recht auf Leben« (S. 291) anerkannt. Daher sprechen sie von einem »nicht immer intakten« (S. 301) Moralgefühl. Die Auffassung, dass Morgens Persönlichkeit in dieser Hinsicht als »moralisch ambivalent« zu bewerten ist, wirkt jedoch nur plausibel, wenn man, wie die Verfasser, annimmt, dass die Darstellung, die Morgen in seinen Aussagen nach dem Krieg gegeben hat, in allen ihren Teilen zutrifft. Liest man aber etwa Morgens Aussage im Frankfurter Auschwitz-Prozess aufmerksam durch, so stößt man auf eine Fülle von Ungereimtheiten. Der Verdacht, dass es sich um eine nachträglich entwickelte Rechtfertigungslegende handelt, wird durch viele Befunde, die die Verfasser selbst vorlegen, erhärtet: so etwa durch einen Brief Morgens vom Juli 1944, in dem er bekundet, durch eine Rede Himmlers in seiner Haltung bestärkt worden zu sein. Dass Morgen auch noch im Auschwitz-Prozess seinen vermeintlichen Widerstand damit begründete, dass der Massenmord moralische Korruption nach sich ziehe (plausibler wäre, den Massenmord als Ausdruck des Verlustes angemessener moralischer Maßstäbe zu betrachten), macht deutlich, dass sich auch nach 1945 wenig an seinen Maßstäben geändert hatte, die ihn noch 1944 trotz seines Wissens um die Massenverbrechen mit Bewunderung auf Himmler blicken ließen.

Werner Konitzer
Berlin

Frühe Kämpfe um die Erinnerung



Gerd Kühling

Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen in Berlin. Verfolgte des Dritten Reiches und geschichtspolitisches Engagement im Kalten Krieg 1945–1979
Berlin: Metropol Verlag, 2016, 581 S., € 29,–



Gerhard Schönberger

Nachlese. Texte zu Politik und Kultur
Hamburg: Argument Verlag + Ariadne, 2016, 538 S., € 29,–

Die Kämpfe für eine Erinnerung an die NS-Verbrechen in der postnationalsozialistischen Gesellschaft setzten bereits unmittelbar nach Kriegsende ein. Wer aber waren die frühen Lobbyistinnen und Lobbyisten auf diesem Feld? Welche konkreten Anliegen verfolgten sie? Mit welchen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen waren sie konfrontiert?

Diesen Fragen geht Gerd Kühling in seiner Dissertation zum geschichtspolitischen Engagement ehemals Verfolgter in Berlin während der ersten Nachkriegsjahrzehnte nach. Sowohl der räumliche als auch der zeitliche Horizont sind dabei klug gewählt: Berlin als Hotspot des Kalten Krieges und umkämpfter Symbolort in beiden deutschen Staaten; die Zeit zwischen 1945 und 1979 als eine Phase, die im vorherrschenden Narrativ derzeit eher als »Vorgeschichte« des gedächtniskulturellen Aufbruchs seit den 1980er Jahren behandelt wird.

Genaugenommen hat man es dabei mit zwei Studien zu tun: Die erste behandelt Kämpfe um das öffentliche Gedächtnis an die NS-Verbrechen und deren Repräsentation im öffentlichen Raum zwischen Kriegsende und Mauerbau. Akribisch verfolgt Kühling hier den zunehmenden geschichtspolitischen Antagonismus zwischen Ost und West und die daraus resultierende politische Spaltung und Ausdifferenzierung der Verfolgtenverbände. An zahlreichen Fallbeispielen arbeitet er eindrucksvoll heraus, in welchem Ausmaß die Gegenwart der Systemkonkurrenz auch die erinnerungskulturelle Gemengelage in der »Frontstadt Berlin« und damit die Gestaltungsspielräume involvierter Akteure und Akteurinnen determinierte: Deren Anliegen ließen sich meist nur so weit durchsetzen, wie sie jeweiligen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern ideologisch nutzbar schienen.

Die zweite Studie widmet sich den Aushandlungsprozessen um die Westberliner Wannsee-Villa, in der 1942 die Organisation der

»Endlösung der Judenfrage« beraten worden war. Detailreich beschreibt Kühling das Engagement des polnisch-jüdischen Historikers und Überlebenden Joseph Wulf, der hier seit den 1960er Jahren für die Einrichtung eines »Internationalen Dokumentationszentrums für die Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen« stritt. Dort sollten in alle Welt verstreute Dokumente über das NS-Regime und seine Verbrechen gesammelt und zugänglich gemacht werden – ein Vorhaben, das sich unter den Prämissen des Ost-West-Konflikts, aber auch aufgrund der Vorbehalte, die Wulf vonseiten bundesdeutscher Historiker entgegenschlugen, als nicht realisierbar erwies. Erst 1992 konnte in der Villa die heutige Gedenkstätte eröffnet werden.

Kühlings Arbeit bietet keine grundlegend neuen Einsichten in die gedächtniskulturellen Dynamiken der ersten Nachkriegsjahrzehnte. Ihr besonderer Wert liegt darin, dass sie ehemals Verfolgte als zentrale Akteure und Akteurinnen innerhalb dieser Dynamiken begreift und sie auf ihren prekären geschichtspolitischen Gratwanderungen begleitet: zwischen Kooperation und Konfrontation mit einer Mehrheitsgesellschaft, die jenseits »antifaschistischer« oder »antitotalitärer« Pathosformeln nur sehr bedingt zu einer Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen bereit war. In der streckenweise allzu detaillierten Nacherzählung des empirischen Geschehens geht jedoch mitunter der rote Faden verloren. Eine stärkere Synthetisierung der dargestellten Entwicklungen und resümierende Reflexionen entlang der forschungsleitenden Fragestellungen hätten der Arbeit an manchen Stellen gutgetan.

Vielfältige Einblicke in die Geschichte des öffentlichen Gedächtnisses an die NS-Verbrechen bietet auch die kürzlich veröffentlichte *Nachlese* des Publizisten Gerhard Schoenberner (1931–2012). Als Mitinitiator der Ausstellung »Die Vergangenheit mahnt«, die ab 1960 in vielen westdeutschen Städten zu sehen war, war Schoenberner ein Pionier der bundesrepublikanischen Aufklärungsarbeit zu den NS-Verbrechen. Sein zeitgleich publizierter Dokumentarband *Der gelbe Stern. Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Europa 1933–1945* wurde vielfach neu aufgelegt und in zahlreiche Sprachen übersetzt. Auch war Schoenberner prominent an der Entwicklung der Westberliner Gedenklandschaft beteiligt. Früh setzte er sich mit Joseph Wulf für das erwähnte Dokumentationszentrum in der Wannsee-Villa ein. Später wurde er mit der Gründung der Gedenkstätte »Haus der Wannseekonferenz« betraut, die er bis 1996 leitete. Seit Beginn der 1980er Jahre engagierte er sich zudem für ein »Aktives Museum« am Ort des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes und war somit ein Vorkämpfer auch der heute dort befindlichen »Topographie des Terrors«.

Die in dem Band versammelten Texte Schoenberners reichen von 1946 bis 2012. Sie reflektieren einen politisch-intellektuellen Werdegang, der in vieler Hinsicht exemplarisch für das Selbst- und Weltverständnis einer ganzen Generation von Linken in der alten Bundesrepublik stehen kann. »In welchem Land leben wir

eigentlich?« (S. 31), fragte Schoenberner 1955 angesichts restaurativ-antidemokratischer Tendenzen der Adenauerzeit. Diese Frage und das Bedürfnis, zu einer nachhaltigen Demokratisierung dieses Landes beizutragen, trieben ihn zeitlebens um und motivierten auch sein geschichtspolitisches Engagement.

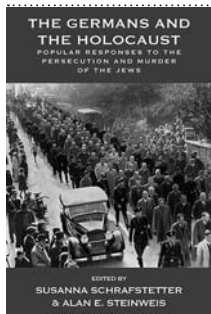
Personelle und ideelle Kontinuitäten aus der NS-Zeit, der fortdauernde Antisemitismus, der reaktionäre Antikommunismus, die anhaltende Bedrohung der Demokratie aus dem rechten politischen Spektrum und die verbreitete Schlussstrichmentalität – um diese Themen kreisen Schoenberners Zeitdiagnosen der 1950er und 1960er Jahre. Spätere Texte befassen sich mit geschichts- und gedenkstättenpolitischen Fragen, etwa mit der Entstehung des »Hauses der Wannseekonferenz« oder dem umstrittenen Holocaust-Mahnmal in Berlin.

Vielfach diskutierte er auch das deutsch-jüdische Verhältnis. Hier kommt man indes kaum umhin, ein gewisses Ressentiment zu konstatieren: In der Walsen-Debatte mahnte Schoenberner vermeintliche »Sprecher der Juden« zu mehr »Abgemessenheit des Urteils« (S. 270) und räsionierte darüber, ob »nicht auch viele Juden, wenn man es ihnen nur erlaubt hätte, Hitler gefolgt wären, solange nur Kommunisten und Sozialdemokraten totgeschlagen worden wären« (S. 271 f.). Die öffentliche Kritik an den antisemitischen Implikationen von Günter Grass' Gedicht »Was gesagt werden muss« (2012) interpretierte er als bloße »Schmutzkampagne« (S. 301) gegen den befreundeten Autor. Doch auch Schoenberners Texte rund um Anti- und Philosemitismus, speziell im Verhältnis zu seiner Lesart des israelisch-palästinensischen Konflikts, können exemplarisch gelesen werden: Eindrücklich führen sie die notorischen Schwierigkeiten deutscher Linker vor Augen, sich in diesem historisch-psychologisch vielfach aufgeladenen Spannungsfeld zu positionieren.

Ohne das Wissen um den frühen Aktivismus von Überlebenden und ihren Mitstreitern und Mistreiterinnen ist die gegenwärtige Erinnerungskultur zu den NS-Verbrechen nicht zu verstehen. Die Gedenkstättenbewegung der späten 1970er Jahre hat nicht bei Null angefangen, sondern muss als zeittypische Fortsetzung geschichtspolitischer Aushandlungsprozesse um den öffentlichen Raum begriffen werden, die ihren Anfang bereits in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre nahmen. Folglich sollte die gegenwärtige Erinnerungskultur zu den NS-Verbrechen auch nicht als ultimative Errungenschaft einer spezifischen »Generation Aufarbeitung« gedeutet werden, wie es derzeit oft geschieht. Vielmehr ist sie als vorläufiges (!) Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe um (gedächtnis-)kulturelle Hegemonie in der postnationalsozialistischen Gesellschaft zu denken. Die hier vorgestellten Bücher leisten einen wertvollen Beitrag dazu, die frühen Kämpfe um die Erinnerung wieder sichtbar und in ihren historischen Bedingtheiten und Ambivalenzen nachvollziehbar zu machen.

Cornelia Siebeck
Berlin/Bochum

»Zustimmung und Handlungsspielräume«



**Susanna Schrafstetter,
Alan E. Steinweis (Hrsg.)**
*The Germans and the Holocaust:
Popular Responses to the Persecution
and Murder of the Jews*
New York, Oxford: Berghahn Books,
2016, XII + 186 S., \$ 110,-/£ 78,-

Dieser Sammelband geht auf ein Symposium über die deutsche Bevölkerung und die Verfolgung der Juden zurück, das im April 2012 an der University of Vermont stattfand. Er besteht aus der Einleitung der Herausgeber, jeweils drei Beiträgen von US-amerikanischen und von deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie einem knappen Dokumentenanhang. Vier der Beiträge behandeln die Jahre 1933 bis 1945, während sich das erste und das letzte Kapitel mit der Zeit vor der NS-Machtübernahme bzw. der Zeit unmittelbar nach dem Ende des »Dritten Reiches« befassen.

In seiner Untersuchung über den Antisemitismus in Deutschland zwischen 1890 und 1933 stellt Richard S. Levy fest, dass die Anhaltspunkte für die Verbreitung des Antisemitismus unter den Deutschen »ambiguous« (S. 32) seien, sieht aber im Ersten Weltkrieg, insbesondere ab 1916, dem Jahr der berühmten »Judenräuberei« im deutschen Heer, einen entscheidenden Wendepunkt. Frank Bajohr analysiert in seinem Beitrag Reaktionen auf die Verfolgung der Juden bis 1940 anhand von drei veröffentlichten Quellensammlungen: regiminterne Lageberichte, Berichte ausländischer Diplomaten und die *Deutschland-Berichte* des Exilvorstands der SPD. Bajohr merkt an, dass die antijüdische Politik eine breite Akzeptanz und sogar eine mehrheitliche Zustimmung unter der deutschen Bevölkerung genoss, insbesondere wenn es sich um gesetzliche Maßnahmen handelte. Obwohl die systematische Ausgrenzung und Vertreibung der deutschen Juden kaum Widerspruch erfuhr, gab es bei vielen Deutschen eine Aversion gegen öffentlich sichtbare Gewalt. Bajohr schließt daraus, dass es 1940 »no social consensus for the systematic mass murder of the Jews« gab, dieser aber schließlich auch gar nicht erforderlich sei: Der antijüdische Konsens »proved sufficient for the purpose« (S. 52 f.).

Im vielleicht aufschlussreichsten Beitrag des Bandes untersucht Wolf Gruner Polizeiberichte und Prozessakten aus den Beständen des Landesarchivs Berlin, die »historians have never consulted in this context«, hinsichtlich individuellen Reaktionen auf die Verfolgung der Juden (S. 60). Er kommt zum wichtigen Schluss, dass das von ihm ausgewertete Quellenmaterial »demonstrates that choices

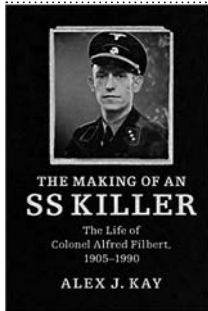
existed for every individual, including police officers« (S. 60). Berliner Polizeibeamte besaßen ebenso Handlungsspielräume wie viele andere an der Verfolgung beteiligte Berliner. Im vierten Beitrag befasst sich Peter Fritzsche mit den Kenntnissen der Deutschen über die »Endlösung«. Er stellt fest, dass das Wissen hierüber »extensive, but deformed« war (S. 99) und die Deutschen vielfach wesentlich mehr über das Wüten der Mordkommandos gegen die sowjetischen Juden im zweiten Halbjahr 1941 wussten als über den Betrieb der Vernichtungslager und das Vorhandensein von Gaskammern.

Mitherausgeberin Susanna Schrafstetter untersucht in ihrem Beitrag das Untertauchen von Münchner Juden zwischen 1941 und 1945. Sie konstatiert, dass die Überlebenschancen für untergetauchte Juden in München besser waren als in Berlin. Dies lag einerseits daran, dass es in Berlin die mit Abstand größte jüdische Gemeinde in Deutschland gegeben hatte, weswegen dort deutlich mehr Juden auf der Flucht waren und entsprechend große Anstrengungen unternommen wurden, sie zu fassen. Andererseits kamen viele Juden bei den häufigen alliierten Bombenangriffen auf die deutsche Hauptstadt ums Leben, da sie es nicht wagten, Luftschutzbunker zu betreten. Im abschließenden Beitrag fragt Atina Grossmann nach dem Zusammenleben von nichtjüdischen Deutschen und jüdischen Vertriebenen, vielfach aus Osteuropa, im Nachkriegsdeutschland. Es gab sowohl Proteste und Drohungen gegen Juden als auch sogar körperliche Angriffe auf sie. Grossmann fasst eine Stellungnahme des Buchenwald-Überlebenden Eugen Kogon zusammen, wonach »the very presence of the remnants had given rise to a new anti-Semitism, driven by resentment of Jews as the visible but unwanted reminders of German crimes« (S. 144). Hatte es im April 1948 noch 165.000 jüdische Vertriebene in Deutschland gegeben, sank deren Zahl bis September desselben Jahres auf nur noch 30.000. Grossmann sieht in Deutschland der Nachkriegszeit »a strong and entirely accept[ed] anti-Semitism« (S. 148). Auch Moses Moskowitz, Offizier der US-amerikanischen Streitkräfte, beobachtete unter den Deutschen 1946 »a painful lack of sympathetic understanding for the most tragic victims of Nazism« (Dokumentenanhang, S. 178).

Die im Anhang abgedruckten Dokumente haben eine unmittelbare Relevanz für die vorangegangenen Beiträge und werden teilweise darin behandelt oder zitiert. Da der Umfang des Bands verhältnismäßig knapp ausfällt, hätten die Herausgeber den aus nur 24 Seiten bestehenden Dokumentenanhang eventuell erweitern können. Auch hätte ein sorgfältigeres Lektorat dem Band gutgetan. Die meisten Kapitel, insbesondere aber die Einleitung der beiden Herausgeber, weisen Tipp- und Rechtschreibfehler auf. Insgesamt ist der vorliegende Band ein interessanter und instruktiver Beitrag zu einem bedeutenden und weiterhin viel diskutierten Aspekt der Holocaustforschung.

Alex J. Kay
Berlin

Ein Mörder ohne Gewissen



Alex J. Kay
The Making of an SS Killer.
The Life of Colonel Alfred Filbert,
1905–1990
Cambridge: Cambridge University Press,
2016, 258 S., £ 18,99

Im September 1947 begann vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg der sogenannte Einsatzgruppenprozess. Angeklagt waren Kommandeure der Einsatzgruppen (EG) wie auch Führer der Einsatz- und Sonderkommandos (EK/SK), die nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion die Erschießung von mehr als einer Million Menschen hatten durchführen lassen. Im April 1948 sprach das Gericht die Urteile aus, 14 der 22 Angeklagten erhielten die Todesstrafe. SS-Obersturmbannführer Alfred Filbert, von Juni bis Oktober 1941 als Chef des EK 9 der EG B für den Mord an über 18.000 sowjetischen Juden verantwortlich, suchte man wie viele andere SD-Führer auf der Liste der Angeklagten vergebens. Alex J. Kay legt nunmehr eine Biografie dieses eigentlich schon recht bekannten Direkttäters aus der mittleren Führungsebene des Sicherheitsdienstes (SD) vor. Dabei lässt sich Filbert in keine bestimmte Kategorie von SD-Führern im Rahmen der Täterforschung einordnen, unterschiedliche Motive trieben ihn zu seinen Mordtaten an.

1905 in Darmstadt geboren und damit der Kriegsjugendgeneration zuzuordnen, wuchs Filbert in einer Soldatenfamilie auf. 1932 trat er der SS bei und wurde nach Abschluss seines Jurastudiums 1935 vom SD in ein hauptamtliches Dienstverhältnis übernommen. Schnell stieg der überzeugte Antisemit bis zum stellvertretenden Chef des Amtes VI (SD-Ausland) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) auf, wurde in rascher Folge bis zum SS-Obersturmbannführer befördert. Die Verhaftung seines älteren Bruders Otto wegen regimiekritischer Äußerungen und dessen Einweisung in ein Konzentrationslager stoppte 1939 Filberts Laufbahn.¹ Sich nicht wirklich um eine Haftentlassung des Bruders bemühend, versuchte er seine Karriere wieder in Gang zu bringen. Selbst mitschießend, legte er mit besonderer Radikalität großen »Diensteifer« bei den Mordtaten seines Einsatzkommandos an den Tag. Vergebens, weitere Beförderungen blieben aus, sein letzter Dienstposten als Abteilungsleiter V B im RSHA wirkte wie ein Abstellgleis.

Filbert gelang es, sich nach Kriegsende nicht nur der alliierten Strafverfolgung, sondern auch Gefangenschaft und Internierung zu

entziehen. Mehr noch, bereits im Sommer 1945 legte er unter falschem Namen einen beruflichen Neustart hin. Am 31. Januar 1951 begnadigte der amerikanische Hochkommissar John McCloy neun der zum Tod verurteilten Einsatzgruppenangehörigen und bestätigte vier Todesurteile. Mit Unterstützung der Regierung Adenauers und getragen von den gesellschaftlichen Eliten der jungen Bundesrepublik, war dem eine regelrecht hysterische Begnadigungskampagne vorhergegangen, die sich nunmehr auch für die Aufhebung der letzten Todesurteile einsetzte. Filbert fühlte sich dadurch so sicher, dass er sich Ende April 1951 unter seinem richtigen Namen als selbstständiger Wirtschaftsberater in Mannheim anmeldete. Dass seine ehemaligen Kameraden Otto Ohlendorf, Erich Naumann, Paul Blobel und Werner Braune am 7. Juni 1951 im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg hingerichtet wurden, schien ihn nicht weiter berührt zu haben.

Ermittlungen der Westberliner Staatsanwaltschaft gegen Angehörige des Reserve-Polizei-Bataillons 9 führten im Februar 1959 schließlich doch noch zur Verhaftung Filberts. Angeklagt wegen Mordes in über 10.000 Fällen, verurteilte ihn ein Westberliner Gericht 1962 zu lebenslanger Freiheitsstrafe. Filbert zeigte keine Reue, erging sich dafür in Selbstmitleid und sah sich als das eigentliche Opfer, auch weil er aufgrund der regimiefeindlichen Einstellung seines Bruders seine Karriere in der SS nicht fortsetzen konnte. 1975 wurde er aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft entlassen. Er starb 1990 in Berlin.

Der für SD-Führer in gewisser Weise prototypische Lebensweg Filberts hält dann aber doch noch eine geradezu bizarre Besonderheit bereit. Mitte der 1980er Jahre übernahm er in dem kontroversen Spielfilm *WUNDKANAL – HINRICHTUNG FÜR VIER STIMMEN* (Frankreich, BRD 1984) die Hauptrolle – er spielte einen SS-Massenmörder, quasi sich selbst. Regisseur Thomas Harlan (1929–2010) hatte ihn insbesondere zur Mitarbeit gewinnen können, weil Filbert dessen Vater Veit Harlan (1899–1964), Regisseur des berühmten antisemitischen NS-Spielfilms *JUD SÜSS* (1940), verehrte. Diese grotesk-scurrile Episode wird von Kay durch Interviews mit damals Beteiligten ganz ausgezeichnet ausgeleuchtet. Dass Filbert für die Mitwirkung 50.000 DM Honorar erhielt, macht sprachlos.

Kays Arbeit, die bisweilen trocken daherkommt, ist akribisch recherchiert, das Quellenverzeichnis weist Überlieferungen aus rund 30 Archiven auf – allerdings stehen 85 Seiten Fußnotenapparat in einem deutlichen Missverhältnis zu den eigentlich 126 Textseiten. Insgesamt ergänzt Kays Arbeit das mittlerweile sehr gut erforschte Gebiet der SD-Führer und der Morde der Einsatzgruppen in der Sowjetunion, aus der Michael Wildts *Generation des Unbedingten*² noch immer herausragt.

Jens Westemeier
Aachen

¹ Zu dieser ungewöhnlichen Konstellation siehe Alex J. Kay, »Ungleiche Brüder. Der SS-Massenmörder und der KZ-Häftling«, in: *Einsicht 10* (2013), S. 49–55.

² Michael Wildt, »*Generation des Unbedingten*«. *Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003.

Umfassende Überblicksdarstellung



Karola Fings

Sinti und Roma.

Geschichte einer Minderheit

München: C.H. Beck, 2016, 128 S., € 8,95

Karola Fings gelingt das Kunststück, auf nur 128 Seiten die über 600-jährige Geschichte der Roma und Sinti in Europa nachzuzeichnen. Die *Geschichte einer Minderheit* macht, wie Fings betont, auch den kritischen Blick »auf die gesellschaftlichen Prozesse, die Zuschreibungen und Exklusionspraktiken seitens der Mehrheitsgesellschaft hervorbringen« (S. 10), unabdingbar.

Die Darstellung gliedert sich in vier große Kapitel. Im ersten Abschnitt (»Mehrheit und Minderheit«) legt Fings die theoretische Basis für ihre Darstellung. Zunächst stellt sie die verschiedenen Selbstbezeichnungen der in sich heterogenen Minderheit und Romanes als gesprochene, erst im 20. Jahrhundert verschriftlichte Sprache vieler Roma vor. Aufschlussreich ist der Vergleich der verschiedenen nationalen Politiken: Während in der frühen Sowjetunion Romanes als eine der Nationalsprachen anerkannt war und die Schriftsprache von der Minderheit selbst verwendet wurde, nutzten sie in den anderen Staaten nur Linguisten der Mehrheitsgesellschaft. Auch in der historischen Darstellung geht Fings über den deutschsprachigen Raum hinaus und bezieht kontrastierend die Entwicklungen in anderen europäischen Staaten mit ein. Im Unterkapitel »Wissensdiskurse« analysiert sie literarische und pseudowissenschaftliche Bildproduktionen als stereotype Konstruktionen des »Zigeuners«, deren Zählebigkeit sich für den deutschen Sprachraum schon anhand der Einträge in der *Brockhaus-Enzyklopädie*, die von 1796 an bis in die 1980er Jahre den gleichen Tenor hatten, gut nachverfolgen lässt. Als Beleg der beharrlichen Weitergabe antiziganistischer Bilder und Stereotype über die Jahrhunderte hinweg wäre ein Blick auf die Kinderliteratur und ihre Bildproduktion lohnenswert gewesen. Seit den 1980ern üben Bürgerrechtsbewegungen zunehmend Kritik am historisch gewachsenen Antiziganismus: Gewalttaten gegen Sinti und Roma werden publik gemacht, ihre strukturelle Stigmatisierung benannt. Immer mehr Sinti und Roma, etwa im Literatur- und Kulturbetrieb, bekennen sich öffentlich zu den Minderheitengruppen.

Das zweite Kapitel führt bis in die späten 1920er Jahre: Den mit der Entstehung der Nationalstaaten und der Herausbildung des Bürgertums in Europa einhergehenden Exklusionspraktiken der Mehrheitsgesellschaft – wozu Strafandrohungen, Ansiedlungsverbote, Zwangsarbeit, Zwangsassimilationen oder auch die Wegnahme der

Kinder zählten – stellt Fings die Reaktionen der Minderheit (etwa eine große Flexibilität in der Ausübung von Erwerbstätigkeit wie auch die Intensivierung der Beziehungen zur Mehrheitsgesellschaft) gegenüber. Aus ideengeschichtlicher Perspektive betont sie die Herausbildung des modernen Rassismus, wobei die Schriften etwa eines Arthur de Gobineau von denen zahlreicher Anthropologen und Ethnologen flankiert werden. Im Ergebnis wurden alle Klischees und Vorurteile über »Zigeuner« »nun kategorisiert und als Erbgut eines angeblichen fremden und die Europäer zersetzenden Volkes kanonisiert« (S. 55 f.). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verstärkte sich die polizeiliche Erfassung der Roma. Polizeifotografien stellten Roma als besonderen Verbrechertypus dar, sie wurden in diversen europäischen Karteien erfasst und mit Ausweisen versehen, die ihnen einen Sonderstatus außerhalb der Gesellschaft zuwiesen. Gleichwohl konnten sich die Sinti und Roma als eine eigenständige, wenn auch heterogene Gruppe etablieren: Von bitterer Armut bis hin zu großbürgerlichem Wohlstand reichten die Lebensverhältnisse.

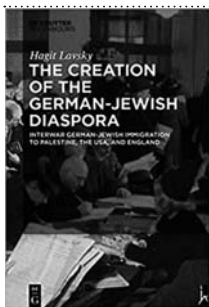
Das folgende Kapitel befasst sich mit dem nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma, dem zwischen 200.000 und 500.000 Menschen zum Opfer fielen. Durch die Nürnberger Gesetze gelangten ab 1935 auch Sinti und Roma in den Fokus der NS-Rassenpolitik. Gutachten der »Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle« (mit Einstufungen als »Zigeuner«, »Zigeunermischling« oder »Nichtzigeuner«) und Erfassungen durch die ab 1938 in Berlin befindliche »Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« waren die Grundlage für Berufsverbote, kommunale Lager und Zwangssterilisationen. 1939 begann die Vernichtung der Sinti und Roma: Fings zeichnet einen gesellschaftlichen Prozess kollektiver Gewalt unter breiter Beteiligung von Wissenschaft und Verwaltung, von Hilfswilligen und Profiteuren nach. Sie zeigt dabei auch die Selbstbehauptungsstrategien der Opfer wie Flucht, aber auch Teilnahme am Kampf gegen den Nationalsozialismus in regulären Armeen oder Partisaneneinheiten in ganz Europa.

Abschließend stellt Fings ausgehend von der Lebenssituation traumatisierter Überlebender und den von vielen als zweite Verfolgung empfundenen Reaktionen auf ihre Bemühungen um »Wiedergutmachung« die Ausdifferenzierung der nationalen und internationalen Bürgerrechtsbewegungen dar und analysiert die – wenig erfolgreiche – Integrationspolitik der EU. Erst jüngst intensivierten Sinti und Roma das Bestreben, ihre Geschichte selbst zu schreiben und die Darstellung ihrer Kultur selbst zu definieren: Das 2016 in Berlin gegründete European Roma Institut dient dem Abbau von Vorurteilen, der Stärkung des Selbstbewusstseins und der Überwindung des stigmatisierenden Redens über Sinti und Roma. Kurz gesagt: Fings hat auf knappem Raum eine umfassende Überblicksdarstellung der Geschichte der Sinti und Roma vorgelegt, die zudem glänzend geschrieben ist.

Petra Maurer
Bremen

Rezensionen

Das Fortleben des deutschen Judentums in der Emigration



Hagit Lavsky

The Creation of the German-Jewish Diaspora. Interwar German-Jewish Immigration to Palestine, the USA, and England

Berlin: DeGruyter, 2017, 154 S., € 59,95

Jüdische Geschichte ist per se eine transnationale. Dass jüdische Migrationsgeschichte daher erst recht nur in transnationaler Perspektive erforscht werden kann, scheint evident. Und trotzdem wird diese noch immer hauptsächlich im nationalen Rahmen betrieben. In *The Creation of the German-Jewish Diaspora* richtet sich die Historikerin Hagit Lavsky gegen diese nationale Selbstbeschränkung und bietet eine »comparative migration history« (S. 2), indem sie die jüdische Zwischenkriegsmigration von Deutschland nach Großbritannien, Palästina und in die Vereinigten Staaten von Amerika untersucht. Im Blickpunkt stehen dabei die nationalen Einwanderungssysteme, demografische, politische und sozioökonomische Faktoren der Eingliederung sowie der Einfluss der Immigrantinnen und Immigranten auf die Einwanderungsgesellschaften und deren jüdische Gemeinschaften. Es handelt sich hierbei um einen schmalen Band, der dennoch einen guten historischen Überblick bietet. Dieser wird immer wieder durch individuelle Migrationsgeschichten untermauert und damit die Politikgeschichte gekonnt mit der Sozialgeschichte verknüpft. Angereichert ist der Band überdies mit einer Vielzahl an Fotos, Statistiken und Tabellen.

In Abgrenzung von einer Forschungstradition, in der die deutsch-jüdische Migration nach 1933 unter dem Blickwinkel von »Flucht und Vertreibung« betrachtet wird, betont Lavsky, dass sich die Migrationsgründe und -faktoren vor und nach 1933 nur graduell voneinander unterscheiden. Auch nach 1933 handelte es sich demzufolge bei der Auswanderung überwiegend um einen »act of choice« (S. 4) und somit eine »voluntary« emigration« (S. 47). Im Vergleich der drei Destinationen – so vielleicht die Hauptidee des Buchs – lässt sich kein allgemeines Muster herauslesen. Deutsch-jüdische Migration in die Vereinigten Staaten war über den gesamten Zeitraum hinweg möglich, nach Palästina nur bis ungefähr 1936, nach Großbritannien eigentlich erst nach dem Novemberpogrom 1938. Während sich die deutschen Juden in Amerika relativ unproblematisch integrierten, standen ihnen in Großbritannien hohe Hürden im Weg. In Palästina wiederum entstand eine Kluft zwischen recht reibungsloser sozialer und ökonomischer Integration auf der einen, aber politischer Ab- und Ausgrenzung auf der anderen Seite. Das deutsch-jüdische Erbe, so

Lavsky, sei heute nur noch in Israel und Großbritannien aufzufinden, in Amerika hingegen fast spurlos verschwunden.

Indem die Verfasserin die Jahre 1933 bis 1938 mit den Instrumentarien der vergleichenden Migrationsforschung untersucht, kann sie tiefe Einblicke in das komplizierte Geflecht jüdischer Migration der Zwischenkriegszeit geben. In der Gegenüberstellung von *pull*- und *push*-Faktoren zeigt sich, dass für die Emigrationsentscheidung nicht allein der Auswanderungsdruck – nach 1933 zunehmend durch die nationalsozialistische Politik forciert – ausschlaggebend war, sondern immer auch die Perspektiven im potenziellen Aufnahme-land abgewogen wurden. Schlussendlich, so zeigt Lavsky deutlich, war diese Entscheidung immer eine sehr individuelle. Die Studie hebt sich wohlthuend von einer Forschungstradition ab, in der das rückblickende Urteil zur Maßgabe der Darstellung gemacht wird: Warum sind die deutschen Juden nicht eher ausgewandert oder wie erfolgreich waren sie in der Emigration? Lavsky hingegen wertet nicht, sondern möchte verstehen.

Besonders eindrucksvoll gelingt ihr dies in der Darstellung der deutsch-jüdischen Immigration nach Palästina. Hiervon fällt die Auseinandersetzung mit Großbritannien und Amerika jedoch ab. Das hängt auch damit zusammen, dass die von der Verfasserin herangezogene Forschungsliteratur insgesamt etwas dünn und bisweilen auch veraltet ist. Gerade jüngere Arbeiten zur deutsch-jüdischen Migration nach Amerika (Cornelia Wilhelm, Michael A. Meyer), Großbritannien (Astrid Zajdband), Palästina (Christian Kraft) oder in allgemeinerer Perspektive (Fritz Kieffer, Dan Michman) wurden nicht zur Kenntnis genommen. Dabei sind es gerade diese Arbeiten, die in jüngster Zeit die Forschung zu diesen Themen bereichert haben.

Zwar schafft es Lavsky, mit ihrer vergleichenden Darstellung die Perspektive auf das Thema zu erweitern, versäumt es dabei jedoch, die vier Regionen stärker miteinander zu verknüpfen, anstatt sie nur nebeneinanderzustellen. Besonders die enge Zusammenarbeit jüdischer Organisationen und Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Deutschland, Palästina, Großbritannien und den Vereinigten Staaten – vor allem zwischen 1935 und 1936 – hätte über die Verschränkungen Auskunft geben können, ohne die die tatsächlichen Migrationsbewegungen und ihre Hürden wohl kaum zu verstehen sind. Letztlich ist die Arbeit etwas zu detailliert und kleinteilig sowie mit neun Kapiteln und vielen weiteren Unterkapiteln zu sehr zergliedert. Größere Fragen, die über den unmittelbaren Gegenstandsbereich hinausgehen, werden somit kaum erörtert. Nichtsdestotrotz wird an der Arbeit zukünftig nicht vorbeikommen, wer sich mit der (deutsch)-jüdischen Migrationsgeschichte der Zwischenkriegszeit beschäftigen will, sei es wegen der transnationalen Perspektive, wegen des systematischen Vergleichs oder auch nur wegen des hervorragend aufbereiteten und zur Verfügung gestellten Zahlenmaterials.

David Jünger
Washington D.C.

»... kein schöner Anblick«



Johannes Hürter (Hrsg.)

*Notizen aus dem Vernichtungskrieg.
Die Ostfront 1941/42 in den
Aufzeichnungen des Generals Heinrici*
Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesell-
schaft, 2016, 248 S., € 39,95

Ehemalige hochrangige Offiziere prägten mit ihren apologetischen Schriften maßgeblich das Bild der Wehrmacht und des Zweiten Weltkriegs in der jungen Bundesrepublik: So legte beispielsweise der ehemalige Generaloberst und Chef des Generalstabs des Heeres Heinz Guderian bereits 1951 seine *Erinnerungen eines Soldaten* vor, und der frühere Feldmarschall Erich von Manstein beklagte 1955 *Verlorene Siege*. In ihren »Erinnerungen« gaben sich die Generäle a. D. betont unpolitisch, unterstrichen den heldenhaften Kampf deutscher Landser und wälzten militärische Fehlentscheidungen und vor allem die Verantwortung für alle Kriegsverbrechen auf Hitler und das NS-Regime ab.

Auch der frühere Generaloberst Gotthard Heinrici (*1886), der von 1941 bis 1945 an der Ostfront im Einsatz war, bemühte sich bis zu seinem Tod 1971 darum, die Wehrmachtsgeneralität zu rehabilitieren. Sein umfangreicher Nachlass, der im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg verwahrt wird und der unter anderem Briefe und Berichte an Familienangehörige sowie Tagebücher umfasst, lässt hingegen keinen Zweifel über Heinricis politische Gesinnung und die Verbrechen der Wehrmacht in der Sowjetunion aufkommen. Johannes Hürter, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München und Experte für den »Ostkrieg«, veröffentlichte anlässlich des 75. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion eine Auswahl von Texten Heinricis, die den Vernichtungskrieg in den Jahren 1941/42 und die Ausplünderung der besetzten Gebiete umfangreich dokumentieren und über eine ebenfalls von Hürter verantwortete frühere Auswahl hinausgehen.¹

Gotthard Heinrici war ein »traditioneller rechter Nationalist« (S. 14) und Antisemit – dies, obgleich seine Frau nach NS-Kategorien »Halbjüdin« war. Er war überzeugt, dass »die Juden« die kriegstreibenden Kräfte seien. Wie Hürter einleitend zeigt, prägten bereits vor dem deutschen Überfall rassistische Ressentiments und antibolschewistische Feindbilder Heinricis Wahrnehmung der Sowjetunion.

¹ Anlässlich des 60. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion hat Johannes Hürter eine einerseits ausführlicher eingeleitete, andererseits aber knapper gehaltene Dokumentenauswahl veröffentlicht: *Ein deutscher General an der Ostfront. Die Briefe und Tagebücher des Gotthard Heinrici 1941/42*, Erfurt 2001.

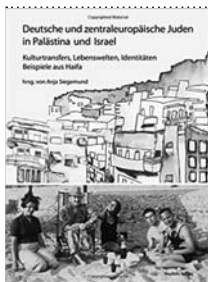
Unverblümt berichtete dieser seiner Familie nicht nur von den Gefahren des Krieges, sondern auch von dem äußerst rücksichtslosen Vorgehen der Wehrmacht und den Verbrechen an Kriegsgefangenen, Partisanen und Zivilisten: Bereits am 23. Juni 1941, dem Tag nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion, schrieb er an seine Familie: »Der Russe führt überhaupt hintertückisch Krieg. Unsere Leute haben daraufhin mehrfach stark aufgeräumt, ohne Gnade.« (S. 43) Am 8. Juli teilte er seiner Frau mit, man habe eine Kommunistin erschießen müssen, die »versprengte Russen verpflegte und gegen uns mit allen Mitteln arbeitete« (S. 48). Ebenso offen berichtete er über die Umsetzung des sogenannten Kommissarbefehls, der die Ermordung von Politoffizieren der Roten Armee anordnete. Bemerkenswerterweise bedauerte Heinrici die Feldgendarmen, die die Morde verüben »mussten«. Am 21. November notierte er in seinem Tagebuch, dass er »das Ende eines Kommissars« erlebt habe: »Nicht schön für unsere Leute« (S. 93). Auch die erbarmungslose Ermordung von Partisanen verzeichnete er immer wieder. Am 5. November 1941 berichtete er seiner Familie: »Dem Dolmetscher [Beutelsbacher] ist es gelungen, in den verflorenen 3 Tagen 15 [Partisanen] zu fangen und zu erledigen, darunter mehrere Frauen.« (S. 86 f.) Zwei Tage später hielt er mitteilungslos fest: »Ich sage Beutelsbacher, er soll Partisanen nicht 100 m vor meinem Fenster aufhängen. Am Morgen kein schöner Anblick.« (S. 88)

Immer wieder thematisierte Heinrici die Ausplünderung der besetzten Gebiete. So machte er sich am 12. September Hoffnung, dass »aus den eroberten Gebieten für das kommende Ernährungsjahr manches herauszuholen« sei (S. 63). Zunächst aber war die Wehrmacht fast vollständig auf die Ressourcen der besetzten Gebiete angewiesen. Am 19. November berichtete er dementsprechend seiner Familie: »Unsere Nachschubverbindungen sind noch immer höchst kümmerliche. [...] Das bedeutet, daß wir fast ganz aus dem Lande leben müssen.« (S. 92) Während Heinrici bereits am 1. August 1941 seiner Frau schrieb, es hätten sich »alle Leute in dem Russen verschätzt« (S. 53), und am 1. September feststellte, »daß dieser Krieg noch lange dauert« (S. 59), kritisierte er erst mit dem endgültigen Erlahmen des deutschen Vormarschs im Herbst, den im Winter zunehmend bedrohlichen Vorstößen der Roten Armee und den damit verbundenen erheblichen Verlusten der Wehrmacht in seinen Briefen und Aufzeichnungen die oberste militärische und politische Führung. Am Weihnachtsabend 1941 schrieb er an seine Frau: »Das Verhängnis schreitet fort«, aber »oben, in Berlin« wolle es niemand sehen (S. 122).

Die von Johannes Hürter edierten Dokumente spiegeln eindrucksvoll die frühe Erkenntnis des Scheiterns der deutschen Kriegspläne in der militärischen Führung an der Front wider. Vor allem aber verdeutlichen sie die Alltäglichkeit der Kriegsverbrechen – und stehen hiermit im Widerspruch zu den öffentlichen Erinnerungen und Selbststilierungen deutscher Generäle nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik.

Jörg Osterloh
Fritz Bauer Institut

Von Verlust und Ankommen



Anja Siegemund (Hrsg.)

»Deutsche und zentraleuropäische Juden
in Palästina und Israel«.

*Kulturtransfers, Lebenswelten, Identitäten.
Beispiele aus Haifa*

Berlin: Neofelis Verlag, 2016, 514 S.,
€ 39,-

Die Geschichte der Jeckes, der deutschen Juden in Israel, wurde bisher meist als eine »Beitragsgeschichte« geschrieben. Meist wird gefragt, welchen Anteil die aus den deutschsprachigen Ländern eingewanderten Juden am Jishuw sowie am 1948 gegründeten Staat Israel hatten und haben. Dabei interessiert vor allem, ob und inwiefern eine »Integration« gelungen sei.

Abgesehen davon, dass der Begriff der »Jeckes« sich über die Jahrzehnte gewandelt habe und bis heute mit Klischees beladen sei, werde laut Anja Siegemund dabei übersehen, dass es sich bei ihnen um eine heterogene Gruppe handelte. Mit ihrem Band verfolgt die Herausgeberin den Anspruch, Geschichte(n) aus der Binnenperspektive der Akteure erzählen zu lassen. Die 25 Autorinnen und Autoren des reich bebilderten Sammelbandes waren aufgefordert, sich mit einem kulturgeschichtlichen Ansatz der Frage zu nähern, wie in konkreten Fällen die Akkulturation der deutschsprachigen Juden und der Kulturtransfer zwischen der alten und der neuen Heimat ablief. Wichtig war Siegemund, ein Mosaik statt eines kohärenten Narrativs zu zeichnen. Die Hafenstadt Haifa steht im Fokus, da sie zum einen eine sehr jeckisch geprägte Stadt war, zum anderen neben den intellektuellen Zentren Tel Aviv und Jerusalem in der Forschung bisher noch unterbelichtet ist.

Der Band ist in vier Abschnitte gegliedert. Im ersten Teil (»Annäherungen. Die Jeckes und Haifa«) reflektiert beispielsweise Joachim Schlör über »Abschied, Transit, Ankunft«: Von allen fünf klassischen Einwanderungswellen (Alijot) fänden sich Dokumente zu Erinnerungen an den Moment des Aufbruchs und der Ankunft in Haifa, das eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft bedeutete. Sie belegen, dass die »Ankunft« nicht nur ein kurzer historischer Moment« (S. 68) sei, sondern ein langer Prozess, in dem die Angekommenen noch über Jahre und Jahrzehnte Furcht vor einer erneuten Entwurzelung empfanden. Die Erfahrung aus der NS-Zeit, »fremd gemacht worden zu sein, ist aus Europa mit eingewandert« (S. 73). Sowohl die, wenn auch erzwungene, Ausreise aus Europa als auch die Kontakte zur einheimischen arabischen Bevölkerung wurden zur kulturellen Praxis. Die Stadt Haifa ist zu einem »Speicher europäischer Erinnerungen« geworden. Im zweiten Teil (»Akkulturationen,

Kulturtransfers, Kulturkämpfe«) befassen sich unter anderem Anja Siegemund mit der »Alija Chadascha«, der sogenannten fünften Aliyah aus den deutschsprachigen Ländern in den 1930er Jahren, und deren Einfluss auf die politische Gestaltung der Stadt Haifa, Christiane Reves mit der renommierten technischen Universität »Technion« als einer »Filiale Preussens am Carmel« und somit mit der Tradition deutscher Wissenschaftskultur in Haifa, Ofer Ashkenazi mit »Sport als Identitätspolitik« und Viola Alianov-Rautenberg mit den alten und neuen Rollen der »jeckischen Hausfrauen«. Anhand von Interviews und Tagebüchern untersucht sie, wie die Frauen zwischen ihren bürgerlichen Standards und Ansprüchen einerseits und der fremden und oft sehr unbequemen und provisorischen Realität andererseits hin- und hergerissen waren. Harte körperliche Arbeit, fremdartige Lebensmittel und Gepflogenheiten, die wirtschaftliche Notwendigkeit zusätzlicher Lohnarbeit – all dies stand im Widerspruch zum erlernten »bürgerlichen Wertekodex« (S. 212), der Familie einen behaglichen Haushalt zu bieten. In der Summe, so analysiert die Autorin, stünden damit die oft übersehenen »beruflichen Veränderungen und Anpassungsleistungen« der weiblichen Einwanderinnen dem der Männer in ihrer Dramatik oftmals nicht nach.

Im dritten Abschnitt (»Menschen, Familien, Generationen«) befasst sich Ruthi Ofek mit dem bekannten Künstler Hermann Struck. In Berlin aufgewachsen, wanderte dieser mit seiner Frau bereits im Jahr 1922 nach Haifa ein. Sein Zionismus bezog sich spezifisch auf diese Stadt, in seinen Kunstwerken hielt er deren Landschaft, Strände und Bewohner fest. In seiner Wohnungseinrichtung wie auch in seinen Gewohnheiten und seinem Kleidungsstil »reflektierte« Struck Zentraleuropa und entsprach damit durchaus dem typischen Bild eines »Jecken« (S. 271). Im vierten Abschnitt (»Gedächtnisse, Tradierungen, Hinterlassenschaften«) stellt unter anderem Linde Apel unter dem Titel »Nichts Besonderes erlebt?« ihr Oral-History-Projekt zu den Emigrationserfahrungen junger deutsch-jüdischer Frauen und Mädchen vor, die in einer männlich dominierten Erinnerungskultur bisher nicht als »Zeitzeuginnen mit historisch relevanten Erlebnissen« (S. 400) gegolten hätten. Da die meisten nicht zionistisch organisiert waren, stünden sie selbst unter dem Eindruck, »nichts Besonderes erlebt« zu haben. Für Apel zeigen ihre individuellen Lebensgeschichten jedoch das allgemeine Motiv des »Herausgerissen-Werden« und der Ankunft in der Fremde (S. 417), die so das Bild vom Alltagsleben einer Generation zeichnen.

Anschaulich macht den Band auch die reiche Bebilderung des alltäglichen Lebens in Haifa in den 1930er und 1940er Jahren mit Fotos aus Privatbeständen. Als Mosaik verstanden, skizziert dieses Buch viele Einzelschicksale und bietet neue Perspektiven auf die Geschichte der Jeckes in Israel, die den bisherigen Forschungsstand bereichern dürften.

Jenny Hestermann
Fritz Bauer Institut

Die mächtige Gewohnheit



Jan Gerber

*Ein Prozess in Prag. Das Volk gegen
Rudolf Slánský und Genossen*

Göttingen, Bristol, CT: Vandenhoeck &
Ruprecht, 2016, 296 S., 45,- €

Der Titel von Jan Gerbers Habilitationsschrift ist gleichermaßen irritierend wie bezeichnend: Irritierend, weil hier keineswegs allein der berühmte Schauprozess behandelt wird, der Ende 1952 die stalinistische Säuberung der kommunistischen Parteien des Ostblocks abschloss, auch wenn dieser Prozess den permanenten Referenzpunkt der Darstellung bildet. Vielmehr geht es um eine Neubewertung seiner Vorgeschichte, was konkret bedeutet: um die Geschichte der Tschechoslowakei, ihrer kommunistischen Partei (KPC) sowie der sozialen und ethnischen Konfliktlinien des Landes, die in Habsburger Zeiten zurückreichten und erst in der sozialistischen »Volksdemokratie« ein nominelles, vorläufiges Ende fanden. Deswegen ist der Titel gleichermaßen bezeichnend: Denn Gerber arbeitet anschaulich heraus, wie in der spezifischen tschechoslowakischen Konstellation die Präsenz verschiedener ethnischer Minderheiten – insbesondere von Deutschen und Ungarn, den Habsburger Dominanznationen – die soziale Wahrnehmung und Konfliktlage affizierte. So konnte die KPC, obwohl als einzige Partei der Zwischenkriegszeit gesamtstaatlich organisiert und orientiert, nicht beanspruchen, für die Interessen des werktätigen Volks der Tschechoslowakei zu kämpfen, vielmehr für dessen Völker. Erst die Aussiedlung der Sudetendeutschen und der slowakisch-ungarische Bevölkerungsaustausch sorgten nach dem Zweiten Weltkrieg dafür, dass jene Minderheiten, mit denen das Besitzbürgertum identifiziert wurde, verschwanden – die Kommunisten sich also auf ein mehr tschecho- als slowakisches, werktätiges Volk stützen konnten: Wie Gerber resümiert, war »gerade mit Blick auf die ethnografische Entwicklung, die mit der Herausbildung der neuen Staatsform einherging, [...] die Rede von der Volksdemokratie weniger tautologisch, als gelegentlich behauptet wird« (S. 214). Als letzte Irritation des ethnisch aufgeladenen Klassenkampfes der KPC verblieben jene wenigen Juden, die den Holocaust überlebt hatten oder aus dem Exil zurückkehren konnten.

In der Vorgeschichte des offen antisemitischen Slánský-Prozesses – elf der vierzehn Angeklagten waren jüdischer Herkunft – hatte wiederum die Stellung der Juden im Rahmen der tschechoslowakischen Bevölkerungskonstellation eine hervorgehobene Bedeutung. Anhand der Lebens- und Werks Geschichte der beiden Schriftsteller

F. C. Weiskopf und Louis Fűrberg macht Gerber diese Bedeutung transparent. Als in Böhmen und Mähren geborene, deutsch akkulturierte, multilinguale Kommunisten jüdischer Herkunft, die den Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien, Jerusalem und New York überlebten, kommt ihnen in der Darstellung der ethnisch-sozialen Gemengelage der ČSR, der kommunistischen Verfolgung von vermeintlichen »Titoisten«, »Zionisten« und »Kosmopoliten« sowie der Entwicklung der sozialistischen Tschechoslowakei zu einer ethnisch und sozial homogenisierten Volksdemokratie eine paradigmatische Bedeutung zu. Dass die einzelnen Kapitel nach Titeln ihrer Werke benannt sind, unterstreicht den gelungenen Zugriff Gerbers: »ihr literarisches Werk wird zur historischen Quelle« (S. 18). Gerade weil die Vermengung von ethnischen und sozialen Kategorien in der Tschechoslowakei der marxistisch-geschichtsphilosophischen Überzeugung Weiskopfs und Fűrbergs widersprach, sensibilisierte sie ihre spezifische Erfahrung als »Minderheit innerhalb einer nationalen Minderheit« (F. C. Weiskopf) für die damit verbundenen politischen Konsequenzen, die im Slánský-Prozess ihren Höhepunkt erreichten. Dessen eindeutig antisemitische Stoßrichtung veranlasste Weiskopf und Fűrberg 1953/54 dazu, in die DDR überzusiedeln – eine Rückkehr nach Deutschland, die ihnen 1945 aufgrund des Holocaust unvorstellbar erschienen war. Während die historisch bedingte »doppelte (soziale und ethnische) Verschlüsselung« der politischen Verhältnisse in der ČSR einen antisemitischen Schauprozess hervorbrachte, war in der DDR die »soziale Semantik der Klasse keine Chiffre für ethnische Fragen« (S. 231), so Gerber. Der Slánský-Prozess nahm seinen Ausgang also nicht in Moskau, sondern in der Vermischung ethnischer und sozialer Kategorien in der tschechoslowakischen Geschichte, durch welche Juden als Agenten fremder Mächte identifiziert wurden. Wie im polnisch-ukrainisch-litauisch-belarussischen Raum, dessen blutige ethnische Homogenisierung Stalin infolge des unter großen Opfern erkämpften Rückzugs der Wehrmacht ermöglichte und forcierte,¹ war auch in der tschechoslowakischen Volksdemokratie der Klassenkampf letztlich ein Code für ethnische Konflikte und hatten die Verwerfungen der Nachkriegszeit einen autochthonen Grund. So weist Gerber in seiner hervorragend lesbaren Studie überzeugend nach, was der Gründer und langjährige Präsident der Ersten Tschechoslowakischen Republik, Tomáš Masaryk, 1926 über den ihm als Kind anerzogenen Antisemitismus sagte: »die Gewohnheit ist mächtig und schrecklich«.²

Mathias Schütz

München

1 Timothy Snyder, *The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999*, New Haven, London 2003, S. 184.

2 Tomáš G. Masaryk, »Unser Herr Fuchs« in: Wilma Iggers (Hrsg.), *Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein historisches Lesebuch*, München 1986, S. 191–193, hier S. 192.

Der Fall Lewin



Rebecca Schwoch

*Herbert Lewin. Arzt – Überlebender –
Zentralratspräsident*

Jüdische Miniaturen, Bd. 186

Berlin: Hentrich & Hentrich, 2016,

94 S., € 9,90

Als 1949 der Magistrat der Stadt Offenbach die Wahl von Herbert Lewin zum Leiter der Frauenklinik mit rassistischen Begründungen ablehnte, löste dies den ersten antisemitischen Skandal der Bundesrepublik aus, der als der »Fall Lewin« in die Geschichte einging.

Das lohnenswerte Buch von Rebecca Schwoch würdigt nun Arbeit und Leben des 1899 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Posen geborenen und 1982 in Wiesbaden verstorbenen Mediziners Herbert Lewin. Ähnlich wie beim Berufsstand der Juristen, wo personelle Kontinuitäten aus NS-Zeiten weit in die Geschichte der Bundesrepublik ragten, setzte auch die Forschung zur Entrechtung und Verfolgung jüdischer Ärzte im Nationalsozialismus verzögert ein. Schwochs Biographie ist eingebettet in die von vielen Hemmnissen geprägte deutsch-jüdische Emanzipationsgeschichte. Das betraf auch den Arztberuf. Eine Position als Ordinarius an einer Universität blieb Juden schon in der Weimarer Republik oft verwehrt. Auch Herbert Lewin erhielt erst 1965 in Frankfurt am Mai ein Ordinariat als Wiedergutmachungsleistung, als er allerdings bereits vor seiner Pensionierung stand.

Andererseits bot eine Tätigkeit als frei niedergelassener Arzt sozialen Status und finanzielle Unabhängigkeit, weshalb sich viele Jüdinnen und Juden für ein Medizinstudium entschieden. In Kaiserzeit und Weimarer Republik stellten sie an manchen Universitäten ein Drittel aller Medizinstudenten. Lewin erhielt nach Studien in Breslau, Leipzig und Berlin 1924 seine Approbation für Frauenheilkunde. Neben seiner Privatpraxis, die er mit seiner ersten Frau Alice Belgard gemeinsam betrieb, arbeitete er zwischen 1924 und 1932 als Assistent im Jüdischen Krankenhaus Berlin sowie wissenschaftlich am Physiologischen Institut der dortigen Universität. Als diese die Konversion für die Zulassung zur Habilitation verlangte, lehnte Lewin ab. Als aktiver Sozialdemokrat und Mitglied des »Bundes jüdischer Arbeiter« war Lewin gleich nach Machtantritt der NSDAP Vernehmungen durch die Gestapo ausgesetzt. Kurz nach seiner Berufung auf eine Chefarztposition in Köln entzogen die Nazis im September 1938 allen jüdischen Ärztinnen und Ärzten die Approbation. Lewin gehörte zu den 17 jüdischen Ärzten, die fortan in Köln als »Krankenbehandler« die medizinische Betreuung

jüdischer Patienten sicherzustellen hatten. Im Oktober 1941 wurde er gemeinsam mit seiner Frau Alice und tausend anderen Kölner Juden in das Ghetto Litzmanstadt deportiert, wo beide als Ärzte arbeiteten. Nach der Auflösung des Ghettos wurden sie im Sommer 1944 nach Auschwitz transportiert. Alice Lewins Spur verliert sich später im KZ Flossenbürg. Herbert Lewin überlebte knapp einen der Todesmärsche.

Nach dem Krieg konnte Lewin seine Habilitation in Köln nachholen. 1949 folgte das erwähnte skandalöse Berufungsverfahren für eine Chefarztstelle in Offenbach. Es ist mehr als bedauerlich, dass die Hauptakten und die Magistratsunterlagen der Stadt weiterhin Sperrfristen unterliegen. So beruht Rebecca Schwochs Darstellung auf den damaligen Presseberichten: Nachdem der Magistrat – sozusagen zu seiner eigenen Überraschung – in geheimer Wahl Lewin mit einer Stimme Mehrheit gewählt hatte, entspann sich demnach eine interne Debatte, in der Bürgermeister Dr. Karl Kasperkowitz (CDU) mit der Warnung vor Lewin als einem Mann mit den »Ressentiments seiner Rasse und dem Rachegefühl eines KZlers« (67) auf Neuwahl gedrängt haben soll. In der Presse fanden sich bald Titel wie: »Magistrat lehnt Arzt wegen jüdischer Abstammung ab«, »Rassenwahn in Offenbach«. Am Ende wurde Lewins Wahl bestätigt, und beide für die Neuwahl verantwortlichen Bürgermeister verloren ihr Amt.

Die Studie thematisiert auch Lewins außerberufliche Aktivitäten und legt nahe, dass sich nach dem Krieg seine SPD-nahen sozialpolitischen Engagements hin zu jüdischen Belangen verschoben hätten. Leider führt Schwoch mögliche Motive hierfür nicht an. Fest steht: Lewin hatte bereits 1946 den Vorsitz der Kölner Jüdischen Gemeinde übernommen, seit 1957 führte er den Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen. 1963 trat er schließlich die Nachfolge von Heinz Galinski als Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland an. Seine Abscheu vor Interviews spiegelt seine Einschätzung der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft: »Jedes Interview ... muss bei der Mischung von Unkenntnis, Fantasterei und Mangel an Einfühlungsvermögen der Journalisten zu einer regelrechten Gefahr für uns Juden werden.« (79) Lewin übernahm auch ein leitendes Amt bei »Keren Hayesod«, dem israelischen National- und Spendenfond. Er war zudem Präsident der »Kinder und Jugend-Altijah« sowie der »Franz Oppenheimer-Gesellschaft« zur Pflege deutsch-jüdischer Kulturwerte in Frankfurt am Main. Späte Ehrungen wie das Bundesverdienstkreuz (1964) und die Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen (1973) zollten ihm zwar symbolisch Anerkennung für ein beruflich wie gesellschaftlich hoch aktives Leben, seine »Wunden« aber ließen sich – wie Lewin drei Jahre vor seinem Tod schrieb – »durch die Zeit nicht heilen« (83).

Monika Boll
Düsseldorf

Analyse des Schreibens über Lagererfahrungen



Karol Sauerland, Yvonne Pörzgen (Hrsg.)
Das kulturelle Gedächtnis Europas im Wandel. Literatur über Shoa und Gulag
Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang, 2016,
229 S., € 49,95

Dieses Buch unternimmt eine vergleichende Analyse der Literatur über die Shoah und den sowjetischen Gulag mit dem Ziel, das Verhältnis zwischen Kunst und Zeugnis hinsichtlich der Erfahrung einer systematischen Entmenschlichung auszuloten. Ein solcher – wenngleich in der deutschen Öffentlichkeit nicht unumstrittener – Vergleich ist sehr wichtig, denn er vertieft die Erkenntnisse über das NS-Regime wie auch über den Gulag, dessen erste Lager älter sind als diejenigen der Nationalsozialisten. Aber vor allem erlaubt er, die systematische und massenhafte Entmenschlichung, die phänomenologisch zwar ausführlich beschrieben ist, aber nach wie vor viele Fragen aufwirft, besser zu erfassen.

Der Sammelband geht auf eine gleichnamige Tagung zurück, deren Ausgangspunkt die These war, dass »eine Form der Erinnerung, die Gulag und Shoah umfasst, eine Grundvoraussetzung für politische und gesellschaftliche Annäherung und Einigungsprozesse in Europa ist« (S. 12). Die deutschen und polnischen Autoren analysieren Texte unter anderem aus Polen, der Sowjetunion, Spanien und Deutschland.

Ein Beitrag von Antonia Grunenberg über die Totalitarismusstudien von Hannah Arendt eröffnet die Zusammenschau des Schreibens über Lagererfahrungen. Begründet wird das dadurch, dass Arendt der Tradition des Schreibens folgt, das »zu verstehen hilft, was zunächst unverständlich erscheint« (S. 15), das heißt, wenn die analytischen Instrumente der Wissenschaft versagen. Arendt erkannte die Zäsur, die durch die Verbrechen der modernen totalitären Regime gesetzt wurde. Auch hat sie als eine der ersten im Lager (unter Hitler wie unter Stalin) »die eigentliche zentrale Institution des totalen Macht- und Organisationsapparat« erkannt, denn es diene nicht nur der Ausrottung, sondern auch dem Zweck, Individuen in »willenlose Menschenmassen« zu verwandeln und sie in einer »Gesellschaft des Sterbens« total beherrschbar zu machen (S. 17 f.).

Karol Sauerland, der Treblinka nicht als Vernichtungslager, sondern als »Vernichtungsstätte« bezeichnet, stellt in seinem Beitrag die wichtigsten früheren polnischen Lagerschilderungen im sowohl durch die Deutschen als auch durch die Sowjetunion besetzten Polen vor und führt die darin vorkommenden systematischen Unterschiede unter anderem auf politische Bedingungen zurück: So sollte die

Literatur über die deutschen Lager die von den Deutschen verübten Grausamkeiten betonen und die sowjetischen weitgehend verschweigen. Rainer Grübel untersucht das Verhältnis von historischem Gedächtnis und fiktionaler Erzählung über die Shoah und den Gulag anhand der Werke des sowjetisch-jüdischen Schriftstellers Vasilij Grossman, der die Sinnlosigkeit (in) der Geschichte strikt ablehnte.

In den nächsten drei Beiträgen stehen die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager im Zentrum der Betrachtung. Inge Kleemann analysiert die Darstellung der Entmenschlichung in der autobiographischen Zeugnisliteratur am Beispiel des Begriffs »Muselmann«, der »aufs Engste mit der Frage nach den Grenzen der Zeugenschaft über den Holocaust verknüpft« sei (S. 57). Die Autorin untersucht die Nuancen der Lagersprache der Häftlinge und die Texte vieler europäischer Zeitzeugen. Sabine Offe nähert sich sehr feinfühlig den Gedichten des erst 1975 geborenen spanischen Dichters Martín López-Vega über die Shoah und die Erinnerung daran. Dagmar Burkhart analysiert »den Missbrauch des Menschen im Lager-Kosmos« im Werk des serbisch-jüdisch-ungarischen Autors Aleksander Tišma.

Drei Beiträge behandeln ausschließlich das Schreiben über den Gulag. Monika Tokarzewska stellt die Berichte von Julius Margolin und Gustaw Herling-Grudziński vor und geht unter anderem der Frage nach, inwieweit den beiden sehr unterschiedlich erzählenden Überlebenden und Zeitzeugen der »absoluten Grenzerfahrungen menschlicher Existenz« (S. 112) das Denken in den humanen Kategorien nicht abhandengekommen ist. Yvonne Pörzgen untersucht die Werke von Evgenija Ginzburg und Vasilij Aksenov, die sie als zwei »Pole« der sowjetischen Gulaglitteratur bezeichnet. Im Beitrag von Wolfgang Stephan Kissel geht es um die autobiographische Lagerprosa von Varlam Šalamov, der in seinem Streit mit Alexander Solženizyn die berühmt gewordenen Maximen der Lagerliteratur festlegte. So warf er, ohne Theodor W. Adorno jemals gelesen zu haben, der Sprache der »klassischen Literatur« vor, an den blutigen Exzessen des 20. Jahrhunderts nicht ganz unschuldig zu sein, und forderte eine neu strukturierte Sprache und eine besondere moralische Zurückhaltung in der Literatur – nachdem sowohl Gott als auch die Kunst »tot« seien (so Šalamov in einem Brief).

Bemerkenswert ist, dass Ginzburg und Šalamov – stellvertretend für viele andere Gulag-Häftlinge – selbst nach den langen Jahren in den sowjetischen Lagern, in denen sie knapp dem Tod entkommen waren, mehr oder weniger überzeugte Anhänger des kommunistischen bzw. sowjetischen gesellschaftlichen Modells geblieben sind. Dieses eigenartige Phänomen der tiefen *utopischen Treue* der Opfer und Überlebenden zu dem Regime, das für die Erniedrigung und Entmenschlichung in den Lagern verantwortlich war, ist im Falle der Shoah undenkbar.

Anna Schor-Tschudnowskaja
Wien

Lebenssinn aus Zeugenschaft



Primo Levi

So war Auschwitz. Zeugnisse 1945–1986

Mit Leonardo De Benedetti. Hrsg. von Domenico Scarpa und Fabio Levi.

Aus dem Ital. von Barbara Kleiner.

München: Carl Hanser Verlag, 2017, 303 S., € 24,–

Buna/Monowitz war ein »gutes Lager« (S. 108, 117), kein Vernichtungs-, sondern ein Arbeitslager. Drei Monate konnte ein Häftling in der Regel die mörderische Sklavenarbeit überstehen. Primo Levi (1919–1987) war elf Monate in dem IG-Farben-eigenen KZ. Zu seinem Glück kam der Chemiker im Sommer 1944 in ein »gutes Kommando«. Er hatte dort ein Dach über dem Kopf und war nicht mehr den Unbilden des Wetters ausgesetzt. Anfang 1945 von der Roten Armee befreit, war Levi sogleich bereit, Zeugnis abzulegen. Nur Erzählen und Bezeugen konnte seinem zufälligen Überleben Sinn verleihen (S. 146). Bereits 1947 veröffentlichte er sein Buch *Se questo è un uomo*, das freilich noch wenig Beachtung fand. Erst die 1958 erfolgte Neuauflage machte Levi bekannt (dt.: *Ist das ein Mensch?*, Frankfurt am Main: Fischer-Bücherei, 1961). Der Autor begriff seine literarischen Arbeiten als »kollektive Werke«, als »eine Stimme, die für viele andere Stimmen steht« (S. 117), insbesondere für die für immer verstummten.

Die 24 in *So war Auschwitz* versammelten Zeugnisse – das erste hat Levi zusammen mit seinem Freund Leonardo De Benedetti auf Anregung seiner Befreier verfasst – lassen uns einen Überlebenden entdecken, der von Beginn an seinen Beitrag zur Ahndung der NS-Verbrechen leisten wollte. Zum Höß- sowie zum Eichmann-Prozess (1947 und 1961) machte er schriftliche Aussagen. Auch die bundesdeutsche Justiz unterstützte er im Verfahren gegen einen Angehörigen des Reichssicherheitshauptamts, der in Eichmanns Auftrag an Deportationen aus Italien beteiligt gewesen war. Levi war der – von der bundesdeutschen Rechtsprechung in Auschwitz-Verfahren bis zum Gröning-Urteil (2014) verworfenen – Auffassung, die gesamte SS-Besatzung des Lagers sei für die Verbrechen verantwortlich (S. 55). Er bezeugte nicht nur die Verbrechen, er war auch sogleich nach seiner Rückkehr bemüht, das Schweigen und die den Überlebenden entgegengebrachte ungläubige Haltung zu brechen. An der Mitteilung von historischen Fakten war ihm gelegen. Akribisch hat er deshalb die Daten seines Transports festgehalten und nach 1945 Nachforschungen angestellt. Immer wieder nennt er in seinen Texten die Zahl der Deportierten, der ins Lager eingewiesenen und

der zurückgekehrten Auschwitz-Häftlinge. Von den 650 Juden, die vom Lager Fossoli (bei Modena) im Februar 1944 nach Auschwitz deportiert wurden, wies die SS nur 95 Männer und 29 Frauen ins Lager ein. Die anderen wurden nach Birkenau verbracht und ermordet. Von den 124 registrierten Häftlingen überlebten 24: Sechzehn Männer und acht Frauen.

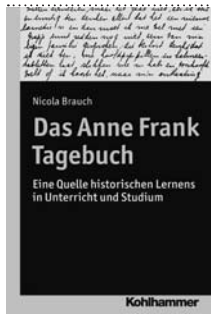
Auschwitz, die Vernichtung der europäischen Juden, begriff Levi als singuläres Ereignis, als weltgeschichtliche Zäsur. Ihm und den wenigen Davongekommenen wuchs nach seinem Verständnis die Pflicht zu, von denen zu berichten und an die zu erinnern, die untergegangen waren. Levis Texte stellen beeindruckende Dokumente gelebter Zeugenschaft dar.

Die Herausgeber, vorzügliche Kenner von Levis Werk, haben eine überzeugende und wichtige Sammlung von Zeugnissen vorgelegt. An einigen Stellen lassen sie aber editorische Prinzipien vermissen. In ihren Anmerkungen korrigieren sie wiederholt »faktische Fehler« (S. 268) in den Fällen, in denen sich Levi in Abfahrts- und Ankunftsdaten und bei Zahlenangaben geringfügig irrt. Namenfalschreibungen, die stillschweigend hätten behoben werden können, versehen sie mit sic-Hinweisen. Geht Levi aber bei wichtigen Angaben fehl, bleibt die Korrektur aus. Spiegeln die genannten Opferzahlen (S. 148, 166) den damaligen Kenntnisstand wider, fehlt eine berichtigende Anmerkung zum heutigen Stand der Forschung. Schreibt Levi, kein Mitglied des Sonderkommandos von Birkenau habe überlebt (S. 118), »kein einziger Jude« (S. 108 f.) sei aus Chelmno, Sobibór, Treblinka und Majdanek zurückgekehrt, Auschwitz sei das erste von der Roten Armee befreite Lager (S. 154) gewesen – um nur wenige Beispiele zu nennen –, stellen sie dies nicht richtig. Erinnert sich Levi 1960 an die jüdischen Häftlingsärzte »Dr. COENKA aus Athen, Dr. WEISS aus Straßburg« (S. 92), dann wissen die Herausgeber nicht, dass Leo Cuenca und Robert Waitz gemeint sind. (Die Nennung von Josef Mengele als überaus präsenten SS-Arzt in Buna/Monowitz durch Levi und De Benedetti bleibe hier unerörtert). Das ist bedauerlich, weil es den Eindruck erweckt, es fehle das nötige Augenmaß für die Bedeutung der Fehler. Darüber hinaus enthalten die Anmerkungen der Herausgeber Ungenauigkeiten, die darauf schließen lassen, dass sie keine genaue Vorstellung etwa von der Durchführung eines Strafprozesses haben.

Auch was die Übersetzung angeht, wäre der Verlag gut beraten gewesen, Spezialisten aus dem juristischen und historischen Bereich hinzuziehen, um Fehler zu vermeiden. Insgesamt jedoch ist die Edition eine wichtige Ergänzung zum literarischen Werk Levis. Wir lernen in vielen Hinsichten einen unbekannteren Levi kennen. Es ist aber zu bedauern, dass gerade die Zeugnisse des großen Schriftstellers Primo Levi nicht mit mehr Sachkunde und Sorgfalt veröffentlicht wurden.

Werner Renz
Frankfurt am Main

Re-Lecture des Anne Frank Tagebuches



Nicola Brauch

Das Anne Frank Tagebuch.

*Eine Quelle historischen Lernens in
Unterricht und Studium*

Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 2016,
249 S., € 30,-

Zu Anne Frank gibt es mittlerweile zahlreiche Bücher, Handreichungen, Unterrichtsmaterialien und Wanderausstellungen. Sie ist zentraler Bestandteil der Erinnerung an den Holocaust. Doch zwischen »geschichtskultureller Welt« und »fachlicher« Welt, das heißt die Betrachtung der Aufzeichnungen Anne Franks als Quelle historischer Erkenntnis zur Rekonstruktion der Zeitläufte, sieht Brauch eine »Wand«. Ihr Ziel ist es, beide »Welten« zusammen zu denken.

Ausgehend von der Diagnose, Veröffentlichungen zum Holocaust im schulischen Kontext seien häufiger pädagogischer, nicht aber geschichtsdidaktischer Natur, unternimmt die Autorin den »Versuch einer Re-Lecture des Tagebuches der Anne Frank aus geschichtsdidaktischer Perspektive« (S. 10). Die Arbeit ist somit an der Schnittstelle von Geschichtsdidaktik und Fachwissenschaft angesiedelt, die Autorin erörtert, wie das Tagebuch als Ausgangspunkt zur Förderung historischen Denkens genutzt werden kann.

Das didaktische Potenzial liegt auf der Hand: Die Briefform an die fiktive Freundin Kitty spricht den Leser direkt an und schafft die Möglichkeiten der Perspektivenübernahme und Empathie. Das Tagebuch erlaubt es, die Verbindung eines individuellen Schicksals mit den Entwicklungen der Makrogeschichte herzustellen. Ausgangspunkt bilden dabei drei Perspektiven: Anne Frank als Repräsentantin einer Gruppe von Juden in den Niederlanden, die in Reaktion auf die Judenpolitik in die Illegalität gingen; Anne Frank als Mitglied einer Versteckgemeinschaft; und schließlich Anne Frank als Zeitzeugin von Kollaboration und Widerstand in den Niederlanden.

Kern des Buches sind zwölf Tagebuchauszüge aus den Jahren 1942 bis 1944. Der erste Eintrag stammt vom 9. Oktober 1942, der letzte vom 21. Juli 1944. Dieser bezieht sich unmittelbar auf das Attentat auf Hitler am Tag zuvor. Anne Frank verwies häufig auf die Herkunft ihres Wissens, sei es aus Zeitungen, von Personen oder den Rundfunksendern BBC und Radio Oranje. Dabei ging sie aber nicht ins Detail und machte kenntlich, wo ihre subjektive Bewertung dieser Zusammenhänge einsetzt. Die Tagebuchauszüge stammen aus der populären Fischer-Taschenbuchausgabe (15. Auflage 2001) und sind optisch hervorgehoben. Die Struktur dieses Zentralkapitels ist fest umrissen. Einem Quellenauszug folgt eine tabellarische,

systematische Zusammenfassung. Sie hilft bei der inhaltlichen und begrifflichen Erschließung der Texte und dient als Wegweiser zur Förderung der Sachkompetenz im Sinne der Begriffskompetenz. Mit Blick auf die Multiperspektivität folgt dann, sofern vorhanden und zielführend, ein entsprechender Auszug aus der ersten Fassung des Tagebuches. Weitere Quellen (wie etwa ein Bericht aus Westerbork, die Mitteilung des Jüdischen Rates) schließen sich an und helfen bei der Erläuterung relevanter Begriffe und der Einordnung von größeren Zusammenhängen. Sie wurden alle der Quellenedition *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945* (VEJ) entnommen.¹ Am Ende steht jeweils eine Kurzinterpretation, die verschiedene historische Bezugspunkte für die Unterrichtsvertiefung aufzeigt. Neben den drei Phasen alliierter Kriegspolitik in Gestalt der Invasionen in Nordafrika, Italien und der Normandie sind die Thematisierung weiterer wichtiger Aspekte, wie etwa Widerstand und Zwangsarbeit, oder auch die Perspektive der Versteckten auf diese Ereignisse möglich. Die Länge der Quellen ist unterrichtstauglich, die Auswahl plausibel.

Ein weiteres umfangreiches Kapitel widmet sich zusätzlichen Möglichkeiten der Kompetenzförderung. Für einen Vergleich zwischen deutscher und englischer Fassung wurden Textstellen mit signifikanten Unterschieden in den Formulierungen ausgewählt. Diese könnten im bilingualen Geschichtsunterricht Verwendung finden. Der Abschnitt »Invasionserwartungen in den Niederlanden 1942 bis 1944« enthält sechs weitere Quellenauszüge aus der VEJ-Sammlung und ermöglicht eine Problematisierung der noch immer gängigen Opfer-Täter-Bystander-Klassifizierung. Die Tagebuchauszüge im Abschnitt »Perspektiven der Forschung« sind häufig in Englisch. Im Sinne der Unterrichtspraxis wäre es wünschenswert gewesen, mehr Auszüge in Deutsch vorzufinden. Eine entsprechende fachwissenschaftliche Einschätzung zum Attentat vom 20. Juli 1944 wäre sicherlich ebenso verfügbar gewesen wie ein deutschsprachiger Textauszug aus den Veröffentlichungen von Peter Longerich, dessen Hypothese zum Judenhass hier aus einem seiner englischsprachigen Bücher stammt.²

Der Anhang ist ausführlich und enthält knappe, chronologisch aufgelistete Hintergrundinformationen zu den zwölf Quellen, Kurzbiographien zu den Akteuren, eine Kurzbeschreibung relevanter Institutionen und Gruppen in den besetzten Niederlanden, vier Karten, die für die räumliche Einordnung der Tagebuchauszüge hilfreich

1 VEJ, Bd. 5: West- und Nordeuropa 1940–Juni 1942, bearb. v. Katja Happe, Michael Mayer, Maja Peers, Berlin, München 2012; VEJ, Bd. 12: West- und Nordeuropa Juni 1942–1945, bearb. v. Katja Happe, Barbara Lambauer, Clemens Maier-Wolthausen, München 2015.

2 Peter Longerich, *Holocaust. The Nazi Persecution and Murder of the Jews*, Oxford 2010.

sind, und ein Register, gegliedert nach Personen, Begriffen, Lagern und Kriegsschauplätzen. Das Werk besitzt definitiv einen Mehrwert für Lehrkräfte und Lehramtsstudenten, für die Begriffe wie Orientierungskompetenz zum gängigen Berufsjargon gehören, und kann für die Praxis uneingeschränkt empfohlen werden.

Martin Liepach
Pädagogisches Zentrum Frankfurt

Ein vergessener »Star« der frühen Bundesrepublik



Beate Meyer

Fritz Benschler. Ein Holocaust-Überlebender als Rundfunk- und Fernsehstar in der Bundesrepublik

Göttingen: Wallstein Verlag, 2017, 272 S., € 24,90

Beate Meyer stieß bereits in den 1980er Jahren bei Zeitzeugen-Interviews auf Fritz Benschler, einen jüdischen Holocaustüberlebenden, der – ähnlich wie Hans Rosenthal – nach der Befreiung in Deutschland geblieben und durch seine Tätigkeit bei Rundfunk und Fernsehen berühmt geworden war. Nun hat Meyer eine sehr lesenswerte Biographie des heute weithin Vergessenen vorgelegt.

Der 1904 geborene Fritz Benschler entstammte einer konservativen jüdischen Familie in Hamburg, wo sein Vater einen Lederhandel betrieb. Benschler aber hatte kein Interesse am Kaufmannsberuf, vielmehr begann er, mehr oder weniger heimlich, eine Karriere als Schauspieler in Hamburg, Oldenburg und Berlin und arbeitete für kurze Zeit auch bei der Nordischen Rundfunk AG in Hamburg.

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und der zunehmend forcierten Ausschaltung jüdischer Künstler aus dem Kulturleben war er im Jüdischen Kulturbund in Hamburg aktiv. Die Beziehung zur Familie blieb schlecht. Die Eltern emigrierten bereits 1933 nach Palästina und überließen ihren drei Söhnen Firma und Grundbesitz. Während seine Brüder noch rechtzeitig aus Deutschland ausreisen konnten, blieb Fritz Benschler in Hamburg zurück, wo er schließlich bei der Jüdischen Gemeinde eine Ausbildung zum Tischler durchlief. Anschließend arbeitete er auf dem jüdischen Friedhof Stellingen als Sargtischler, bis er im Juni 1943

nach Theresienstadt deportiert wurde. Für die Zeit im Ghetto gibt es eine Reihe von Zeugnissen, die Benschers Beteiligung an den kulturellen Aktivitäten dort wahrscheinlich machen. Im September 1944 fanden die großen Transporte nach Auschwitz statt: Benschler gelangte ins Durchgangslager – wie etwa auch Victor Frankl und Miroslav Kárný. Sein Alter hatte er mehrfach »geändert«, konnte dadurch bei der Selektion »flexibel« bleiben und entging vermutlich so der Ermordung. Er wurde zum Arbeitseinsatz selektiert und kam schließlich nach Dachau in das Außenlager Kaufering III. Viele Häftlinge überlebten die Arbeitskommandos dort nicht. Benschler hatte mit der Einteilung zum Transportkommando »Glück«. Nach einer körperlichen Misshandlung verbrachte er einige Zeit in der Krankenstation. Victor Frankl beschrieb später, wie Benschler ihm mit einer Suppe und gutem Zureden das Leben rettete. Die letzte Station auf Benschers Leidensweg war das Dachauer Außenlager Allach.

Nach seiner Befreiung durch die Amerikaner gelangte er nach München und fand bereits im Mai 1945 eine Anstellung beim *American Radio*. Dort traf er Klaus Brill wieder, mit dem er schon in Berlin und beim Kulturbund in Hamburg auf der Bühne gestanden hatte. Er wurde Oberspielleiter und Rundfunksprecher. Weil er Entnazifizierung und »re-education« weiter sehr ernst nahm, diese aber sowohl von den US-Instanzen als auch den bayerischen Politikern allmählich abgeschwächt wurden, machte Benschler sich unbeliebt und wurde im Juli 1946 entlassen.

Zu dieser Zeit erwog er auch die Auswanderung in die USA. Aber schließlich blieb er in München und setzte im April 1947 seine Berufstätigkeit als freier Mitarbeiter beim Bayerischen Rundfunk fort. Diese Karriere spiegelt die Rundfunkgeschichte der frühen Nachkriegszeit bis zum Beginn des Fernsehens wider. Die belastenden Begleitumstände des von ihm angestrebten Entschädigungsverfahrens hatten 1957 einen Herzinfarkt und eine Zwangspause zur Folge. Schließlich kam er im Fernsehen zu spätem Ruhm. 1970 starb er.

Beate Meyer hat trotz einer schwierigen Quellenlage – es gibt nur wenige Zeitzeugen, die zuverlässig Auskunft geben können – Benschers Leben und vor allem sein Wirken als »Rundfunk- und Fernsehstar« der jungen Bundesrepublik eindrucksvoll rekonstruiert.

Dorothee Lottmann-Kaeseler
Wiesbaden

»Jalta« – Neue Halbjahreszeitschrift zur jüdischen Gegenwart



Jalta – Positionen zur jüdischen Gegenwart

Hrsg. von Micha Brumlik, Marina Chervinsky, Max Czollek, Hannah Peaceman, Anna Schapiro, Lea Wohl von Haselberg
Berlin: Neofelis Verlag, 2017, erscheint halbjährlich als Print- und als E-Journal, Einzelheft: € 16,- / Jahresabonnement: € 28,- / Förderabonnement: € 42,-
<http://neofelis-verlag.de>



Bereits erschienen im April 2017:

Jalta 01/2017 (01/5777), *Selbstermächtigung*

Erscheint im Oktober 2017:

Jalta 02/2017 (02/5778), *Desintegration*

Jalta, die Tochter des Anführers der jüdischen Gemeinde in Babylon, stellte im vierten Jahrhundert die männliche Auslegung der Thora in Frage. Sieben Mal wurde sie im Talmud erwähnt – mehr als jede andere Frau. Für Micha Brumlik, Mitherausgeber von *Jalta*, ist die Namensgeberin der neuen jüdischen Zeitschrift »eine rebellische Frau, die sich in der späten Antike in rabbinischer Zeit darüber geärgert hat, dass ihr Vater es nicht erlaubt hat, dass sie den Segen über den Wein spricht. Daraufhin, so berichtet es der Talmud, ist sie in den Weinkeller ihres Vaters gegangen und hat vor Wut sämtliche Weinkrüge zerschlagen.«

Juden kommen in den deutschen Medien überwiegend in Bezug auf Antisemitismus und die Shoah vor. Der gewöhnliche Zeitungsläser, Radiohörer oder Fernsehzuschauer hat daher den Eindruck, dass Juden vor allem Opfer sind. Um das zu ändern, schlossen sich die sechs jüdischen Herausgeber von *Jalta* zusammen. Sie wollen die Berichterstattung mitgestalten und ein Forum für Debatten zur jüdischen Gegenwart schaffen, die sich aus der Vielfältigkeit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland heute ergeben. Mitherausgeberin Hannah Peaceman betont: »Wir nehmen keine Rollen an, die uns von außen zugetragen werden. Wir wollen diese Diskussion, die wir hinter verschlossenen Türen führen, nach außen bringen. Und das ist für mich zum Beispiel ein wichtiger Akt von Selbstermächtigung.«

Der Name »Jalta« steht auch für die vielen Juden, die nach Deutschland aus der ehemaligen Sowjetunion als »Kontingentflüchtling« kamen. Die Künstlerin Evgenia Gostrev reflektiert zum Beispiel über ihren Prozess der Selbstermächtigung. Drei weitere zugewanderte Autoren berichten von ihrem Besuch im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Leider beschränkt sich ihre Visite auf die Abteilung

für jüdische Einwanderung. Immerhin fühlt sich die Autorin Greta Zelener unwohl in dieser »jüdischen Blase«, wie sie sagt, und zeigt sich interessiert für die Geschichten der heutigen Flüchtlinge. Schade, dass eine solche Begegnung nicht stattgefunden hat.

Israel spielt in *Jalta* eine marginale, aber interessante Rolle. Denn man kann im neuen Magazin zum Beispiel über die rebellischen israelischen Frauen lesen, die ihren Platz an der Klagemauer in Jerusalem erkämpfen. Oder über deutsche Schäferhunde in Israel. Im Judentum gelten Hunde als minderwertige Tiere, und nach der Shoah waren sie bei Juden besonders verpönt, sagt Micha Brumlik: »Wo Juden sich an die deutschen oder nichtjüdischen Sitten gewöhnt haben, haben sie auch die Hundehaltung als kulturelles Kapital mit übernommen. Ich würde aber vermuten, dass das bei den »Ostjuden« kaum vorgekommen ist. Der deutsche Schäferhund gilt für die Generation der 80- und 90-Jährigen natürlich immer noch als der Wachhund in den Konzentrations- und Vernichtungslagern. In meiner jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main in den 50er- und 60er-Jahren habe ich nie einen einzigen jüdischen Hundebesitzer gesehen.« Ganz anders im Judenstaat selbst. In ihrem Text »Jews and Dogs« schreibt die Israelin Rakefet Zalashik über die Beziehungen zwischen Juden und Hunden. Ausgerechnet der israelische Generalstabschef Mordechai »Motta« Gur verewigte die deutsche Schäferhündin »Azit«, hebräisch »Die Tapfere«, in einer Kinderbuchserie, die in Israel auch verfilmt wurde.

Zalashiks Ausführung sowie ein weiterer Text aus England erscheinen im englischen Original. Die Juden in Deutschland sind halt mehrsprachig und die Herausgeber experimentierfreudig. Dennoch verzichten auch sie nicht auf die »üblichen« Themen Shoah und Antisemitismus. So kann man in *Jalta* zum Beispiel über den jüdischen KZ-Überlebenden Fritz Benschler lesen, über Martin Heideggers Judenhass oder eine Stolpersteinverlegung in der ostdeutschen Provinz.

Jalta bemüht sich im Gegensatz zur 2010 eingestellten Zeitschrift *Babylon – Beiträge zur jüdischen Gegenwart* auch um Leser ohne wissenschaftliche Vorkenntnisse. Genauso wichtig ist es für die Redaktion, auch nichtjüdische Autoren mit einzubeziehen. So schreibt die Afro-Österreicherin und Erziehungswissenschaftlerin Pasquale Rotter über Verbindungen zwischen Schwarzen und Juden. Gerade derartige Dialoge könnten dazu beitragen, dass *Jalta* in der deutschen Medienlandschaft einen festen Platz einnimmt.

Im April 2017 erschien die erste Ausgabe von *Jalta* mit einem Umfang von 180 Seiten. Der Berliner Neofelis Verlag, der sich auf jüdische Themen konzentriert, erhält im ersten Jahr aus Fördermitteln der Kulturstiftung des Bundes eine Anschubfinanzierung, um das Magazin auf dem Markt einführen zu können. Verleger Frank Schlöffel hofft darauf, die Zeitschrift langfristig etablieren zu können. Den engagierten Herausgebern und der Diskussionskultur in diesem Land wäre es zu wünschen.

Igal Avidan
Berlin

Antisemitismuskritische Bildung



Meron Mendel, Astrid Messerschmidt (Hrsg.) unter der Mitarbeit von Tom David Uhlig

Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft
Frankfurt am Main: Campus, 2017,
309 S., € 19,95

In einer Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, Konsequenzen aus der eigenen Vergangenheit zu ziehen und eine politische Kultur zu etablieren, die auf demokratischen und liberalen Grundlagen basiert, löst das Wiedererstarken antisemitischer Einstellungen einen erheblichen Grund zur Sorge aus. Antisemitische Denk- und Handlungsmuster wenden sich in der Regel nicht alleine gegen eine spezifische Minderheit, sondern auch gegen die demokratischen Strukturen unserer Gesellschaft. Sie lassen sich sowohl in der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch in Teilen der migrantischen Communities finden.

Daher ist der von Meron Mendel und Astrid Messerschmidt herausgegebene Band *Fragiler Konsens* Ausdruck eines kritischen Blicks auf die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung eines Landes, das trotz seines Wohlstands und seiner Stabilität Sollbruchstellen erkennen lässt. Hierzu zählen nachhaltige Defizite in der politischen Bildung, fehlende historische Kenntnisse der jüngsten deutschen Vergangenheit und eine sich absenkende Tabuschwelle gegenüber antisemitischer Ressentiments, die nicht selten in eine einfältige Kritik an der Politik des Staates Israel gekleidet werden.

Der Sammelband stellt in einer vorbildlichen Weise die aktuellen Debatten zu diesem Themenkomplex in der Bundesrepublik dar und spiegelt die Reichweite der Problemkomplexe präzise wider. In der seit 2011 stattfindenden Tagungsreihe »Blickwinkel. Antisemitismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft« (gemeinsam veranstaltet von der Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank, dem Pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt, dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, unterstützt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) wurden bisher acht Fachtagungen durchgeführt, die sich mit Phänomenen des Antisemitismus, des Rassismus und der Islamfeindlichkeit in der Migrationsgesellschaft befassen und innovative bildungsstrategische Ansätze entwickelt, die die gesellschaftliche, wissenschaftliche und pädagogische Auseinandersetzung mit Vorurteilen und mit ausgrenzenden Denk- und Deutungsmustern fördern.

Die Autorinnen und Autoren teilen die Einsicht, dass antisemitische ideologische Muster bis weit in die Mitte der Gesellschaft

reichen und auch von denjenigen Gruppen vertreten werden, die selbst von rassistischen Zuschreibungen betroffen sind. Dieses scheinbar paradoxe Verhalten ist häufig auch bei muslimischem Jugendlichen und Erwachsenen anzutreffen.

Antisemitismuskritische Bildung will sowohl spezifische Ausdrucksformen von Judenfeindschaft, ihre Funktion und ihre Denkfiguren identifizieren als auch die Wirkungsweise tradierter antisemitischer und populistischer Weltanschauungen analysieren. Zielsetzung einer solchen methodischen Herangehensweise ist die Verknüpfung von theoretischen Zusammenhängen, die im Kontext der Antisemitismusforschung diskutiert werden, mit einer hierauf Bezug nehmenden pädagogischen Praxis, die eine kritische Hinterfragung bisheriger migrationspädagogischer Grundannahmen als notwendig erachtet.

Die Bandbreite der Beiträge ist beeindruckend und kann an dieser Stelle nur angedeutet werden: So wird die Erfahrung im pädagogischen Feld thematisiert, die sich auf die Grenzen der Vermittlung antisemitismuskritischer Positionen bezieht. Die fehlende Empathie, die Geschichtsleugnung oder die Abwehrhaltung jugendlicher Gesprächspartner gegenüber einer kritischen Reflexion eigener jüdenfeindlicher Denkmuster bestätigt die Erkenntnis, dass ein ausschließlich auf historische Fakten basierender Unterricht die Adressaten affektiv nicht tangiert, da das Faktenwissen sich nicht mit ihren eigenen biographischen Erfahrungen in Verbindung bringen lässt. Antisemitismuskritische Bildung hat nur dann eine Chance, relevante Einstellungsveränderungen zu bewirken, wenn sowohl die mit der Thematik befassten Pädagoginnen und Pädagogen als auch ihre Zielgruppen die eigenen biographischen Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus reflektieren. Erst in einem solchen Prozess können Erinnerungsabwehr und Distanzierungswünsche artikuliert und bearbeitet werden.

Der Beitrag, der sich mit dem Zusammenhang von postkolonialen Theorien, Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzt, verweist auf die Engführung einer Argumentation, die die aktuellen Formen des Antisemitismus aus ihren Analysen ausblendet. Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass eine Denunziation westlicher Forderungen nach universalistischen Prinzipien wie Emanzipation und Aufklärung als kolonial die inhärenten Gründe des sozialen und ökonomischen Niedergangs der arabischen Welt kaschiert. Die Verfasser dieses Textes bemängeln die fehlende Verständigung zwischen postkolonialer Theoriebildung und Antisemitismusforschung, die dazu führt, dass Antisemitismus keine Erwähnung in den postkolonialen Studien findet.

Die Tour d'Horizon durch die antisemitismuskritische Bildungslandschaft in der Migrationsgesellschaft, die mit dieser Veröffentlichung vorliegt, vermag nicht nur zu einem sensiblen Umgang mit der Thematik beizutragen, sondern auch einen Paradigmenwechsel in der interdisziplinär und intersektional aufgestellten Bildungsarbeit zu bewirken, der den fragilen Konsens zu stützen vermag.

Doron Kiesel
Erfurt